Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

14 (17.1.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht 2 Mark 80 Pfg. durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 14. II. Blatt. Karlsruhe, Sonntag, den 17. Januar **1892.**

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 15. Jan.

148. Plenarsitzung.

Einge angen: Gesetzentwurf, betr. die Verzollung der nach dem 1. Februar von Transitlagern in den freien Verkehr übergehenden Getreidemengen.

Die 2. Berathung des Etats wird beim Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Metzger (Soz.) bringt bei der Position Oberseeamt die Mißhandlung eines Negers auf dem Wörmann'schen Dampfer Alme Wörmann zur Sprache und kritisirt das seeamtliche Urtheil, wonach nicht festgestellt sei, daß der Tod des Negers durch die Mißhandlungen herbeigeführt worden. Warum greife die Staatsanwaltschaft nicht in das Wespennest der Mißhandlungen auf den Schiffen ein? Warum drängen die Kommissäre nicht darauf, daß die Schiffstagebücher hinsichtlich der Bestrafungen ordnungsmäßig geführt werden? Es sei nothwendig, den auf den Schiffen herrschenden Barbarismus aus der Welt zu schaffen.

Bundeskommissär Geh. Rath Rottenburg erwidert, daß die Quellen, aus denen der Vorredner geschöpft, wohl nicht sehr zuverlässig seien, da er vielfach übertriebene Mittheilungen gemacht. Die Untersuchung sei in dem angeführten Falle sehr gewissenhaft geführt worden und das Urtheil des Seeamtes sei unanfechtbar. Mißhandlungen seien vorgekommen und es sei Alles geschehen, um diese zur Strafe zu bringen. Aus einem einzelnen Falle dürfe man übrigens nicht auf die Allgemeinheit schließen.

Abg. Schwarz (Soz.): Die auf das Seeamt gesetzten Erwartungen hätten sich nicht erfüllt. Die Mißstände seien da und würden durch alle Ableugnungen nicht aus der Welt geschafft. Die Annahme, daß es an Arbeitskräften fehle, und daß man deßhalb Schwarze nehmen müsse, sei unrichtig, und es sei ein großer Fehler, daß man die Rücksicht auf die Billigkeit der Arbeitskräfte voranstelle. Die bestehenden Bestimmungen gelangten vielfach nicht zur Ausführung, so die zur Unfallverhütung erlassenen.

Geh. Rath v. Rottenburg erwidert, daß die Kommissäre des Seeamtes angewiesen seien, streng auf die Durchführung der Seemannsordnung zu achten.

Abg. Jebsen (nat.-lib.) tritt den Uebertreibungen der sozialdemokratischen Redner entgegen.

Abg. Metzger (Soz.): Er habe aus denselben Quellen geschöpft, die auch dem Vertreter der Regierung zu Gebote ständen. Nicht um etwas für seine Partei herauszuschlagen, sondern um seiner Pflicht als Volksvertreter zu genügen, habe er den Fall mit dem Neger hier zur Sprache gebracht. Die Seemannsordnung sei nicht nur dazu da, widerspenstige Seeleute zu bestrafen, sondern auch dazu, die Pflichten der Kapitäne und Offiziere festzusetzen.

Abg. Bebel (Soz.): Der Fall mit dem zu Tode gemißhandelten Neger stehe nicht vereinzelt; es komme gar nicht selten vor, daß das Schiffspersonal durch Mißhandlungen direkt oder indirekt getödtet würde. Solche Fälle machten dem deutschen Namen keine Ehre. Man solle tüchtige und mit dem Seewesen vertraute Leute als Schiffspersonal engagiren und dieselben ordentlich bezahlen, dann werde man auch keine Ursache haben, sich über mangelhafte Leistungen zu beschweren. Eine entsprechende Bestimmung würde am Besten in die Seemannsordnung aufgenommen.

Die Position Oberseeamt und Reichskommissäre bei den Seeämtern (zusammen 34,000 M.) werden genehmigt.

Beim Statistischen Amt weist

Abg. Samhammer (frs.) darauf hin, daß die Waarenstatistik, da sich dieselbe dem Zolltarife mit seinen vielfachen Zersplitterungen anschließe, kein übersichtliches Bild gewähre. Insbesondere trete das bei der Spielwaarenindustrie hervor, welche dadurch schwer geschädigt worden sei.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg erwidert, daß eine Vereinfachung erwogen werde.

Abg. Freiherr v. Münch (Dem.) bemängelt die Aufstellung unserer Handelsbilanz und spricht sich insbesondere dagegen aus, daß bei Feststellung der Werthe der Einfuhr und Ausfuhr nach verschiedenem System verfahren werde.

Abg. Graf Kanitz (kons.) hält eine feine Gliederung unserer Waarenstatistik für sehr wünschenswerth; wollte man dieselbe unabhängig vom Zolltarif aufstellen, so würde man zu einer zuverlässigen Statistik nicht gelangen, jedenfalls noch viel weniger als jetzt.

Abg. Dr. Bamberger (frs.): Alle Welt sei darüber einig, daß die Handelsbilanz keinen Werthmesser abgeben könne.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) bestätigt, daß arme Staaten durch andauernde Unterbilanzen in Verschuldung geriethen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) bedauert, daß Abg. Bamberger seine Bemerkung nicht dem Reichskanzler gegenüber bei den Handelsverträgen gemacht habe.

Abg. Dr. Bamberger: Es habe für ihn kein Anlaß vorgelegen, Erwägungsgründe zu kritisiren, wenn er mit dem Dispositiv einverstanden gewesen sei. Von der Theorie der Handelsverträge seien die Schutzzöllner nun doch zurückgekommen.

Abg. Frhr. v. Stumm: Die Schutzzöllner seien nicht Leute der Theorie, sondern der Praxis

Abg. Dr. Bamberger: Für die Herren sei Theorie, was sie nicht widerlegen, Praxis, was sie nicht beweisen könnten.

Die Position Statistisches Amt (846,785 M.) wird angenommen.

Beim „Gesundheitsamt" befürwortet Abg. Siegle (n.-l.) Einführung der Staatsprüfung für technische Chemiker.

Geh. Rath. v. Rottenburg erwidert, ein bezüglicher Gesetzentwurf sei ausgearbeitet, doch stünden in so fern Schwierigkeiten entgegen, als es an einem reichsrechtlichen Titel zur Einführung einer solchen einheitlichen Einrichtung fehle.

Die Position „Gesundheitsamt" (198,380 M.) wird genehmigt, ebenso die Position „Patentamt" (1,049,530 M.).

Der Rest des Ordinariums des Etats des Reichsamts des Innern wird angenommen, mit Ausnahme der Position „Reichsversicherungsamt", über welche die Berathung ausgesetzt wird.

Morgen Fortsetzung der Etatsberathung

☐ Der Sturm auf das neue Gemeindegesetz. V.

Unter den Gründen, mit welchen die linksliberalen Redner im Jahr 1837 gegen die Abänderung der Gemeindeordnung von 1831 kämpften, erscheinen hauptsächlich zwei; sie behaupten einmal: die gemachten Erfahrungen seien zu kurz, um den Schluß darauf zuzulassen, ob nicht auch unter dem direkten Wahlsystem „gute Wahlen" zu Stande kämen, und dann: die Regierung handle „unter der Wirkung derjenigen aristokratischen Reaktion, welche gegenwärtig die meisten Kabinete mit einflußreichen Armen umspannt hält und ganz vorzüglich das unglückliche Deutschland mit Macht zu Boden drückt; diese Blutsaristokratie, um ihres Triumphs sicherer zu sein, sucht jetzt den unseligen Bund zu schließen mit der Geldaristokratie."

Von Seiten der Redner der Mehrheit, besonders auch von in der Kammer sitzenden Landwirthen und Bürgermeistern wurde dagegen auf die erlebten Thatsachen hingewiesen. So sagte der Abgeordnete Grimm, Bürgermeister von Weinheim: „Es ist früher behauptet worden und gestern hat ein Redner, der sich für die Minderheit erhoben hat, wiederholt, nur aus den Urwahlen ginge der Mann des Vertrauens hervor. Wenn diejenigen, welche das behaupten, diese Urwahlen nur einmal mit einem von ihrer Theorie unbefangenen Blicke in der Nähe beobachtet hätten, so würden sie diese Behauptung nimmer aufstellen; sie würden mit mir die Ueberzeugung theilen, daß solche Urwahlen nur in den seltensten Fällen das Resultat des Gesammtwillens der Wähler darstellen. Es ist dies nur in Gemeinden der Fall, wo noch ein ruhiger, besonnener Geist unter den Bürgern herrscht, in Gemeinden, deren Bürger auf ziemlich gleicher Stufe der Bildung stehen; wo das Privatinteresse der Bürger mit dem Interesse an einer geordneten Gemeindeverwaltung in enger Verbindung stehen, und zwar nicht in verschiedenem Maße. Fragt man, wo solche Gemeinden zu finden sind, so antworte ich: Nur in den kleineren Landorten des Großherzogthums, und auch in diesen nicht durchgehends. Aber für diese kleineren Gemeinden hat der Regierungsentwurf ja gesorgt, für diese sind die Urwahlen beibehalten worden. In den Städten und großen Gemeinden ist es aber ganz anders, von diesen kann man nicht mehr sagen, daß durch Urwahlen die besten Wahlen hervorgehen werden. Es werden sich immer da, wo Urwahlen in größern Gemeinden bestehen, nach und nach Parteien bilden, und diese Parteien werden sich der Wahlen bemeistern. Es ist dies aber nicht einmal das größte Uebel, welches daraus entsteht, denn durch diese Parteiungen entsteht Spaltung und Unfrieden in der ganzen Gemeinde, es drängt sich das Gift dieser Parteiung selbst in die aus den Wahlen der verschiedenen Parteiungen hervorgegangenen Körperschaften ein. Wo früher Ruhe und Besonnenheit geherrscht, erhebt sich nun die Leidenschaft, wo einst nur die Sache berücksichtigt wurde, trägt man jetzt nur noch Rücksicht auf die Personen. Die Beschlüsse werden dann nicht mehr gefaßt im Interesse der Gemeinde, sondern im Interesse der Person, die man begünstigen oder verfolgen will. Das Wohl solcher Gemeinden ist auf eine Reihe von Jahren untergraben." Dann fügte der Abgeordnete Knapp, Gastwirth in Appenweier bei:

„Es ist mit so vielem Lobe von der Gemeindeordnung von 1831 gesprochen worden, daß man glauben sollte, dieselbe sei im ganzen Lande mit Jubel und Beifall aufgenommen worden. Man hat sie aber auch oft eine Gemeindeunordnung nennen hören, und dieser Unordnung ist nur durch den Zensus (das provisorische Gesetz vom Jahr 1833 — Anm. des Verf. —) gesteuert worden."

Gegenüber dem Bemühen, den Gesetzentwurf von 1837 mit der Politik und mit äußern Einwirkungen in Verbindung zu bringen, bemerkte Ministerialrath Bekk schlagend:

„Es handelt sich ja gar nicht um die Verhältnisse der Gemeinden zur Staatsgewalt, sondern es handelt sich nur um die Verhältnisse der Gemeindebürger unter sich.

Wenn man die Regierung betrachtet als Staatsgewalt einerseits gegenüber dem Volk, als dem Untergebenen anderseits, so stellen sich in Bezug auf dieses Verhältniß die Fragen der eigentlichen Politik dar. Die Regierung kann, um ihre Stellung gegenüber dem Volke zu sichern, möglicherweise dem letztern entgegengesetzte Interessen im Auge haben, und folglich als betheiligt erscheinen. Aber bei dem vorliegenden Gegenstande, wo es sich blos darum handelt, nicht wie groß die Gewalt der Regierung sein soll, sondern in welchem Verhältnisse die Bürger unter sich in den gemeindebürgerlichen Rechten theilnehmen sollen, bei diesem Gegenstande hat die Regierung unmöglich ein anderes Interesse, als das Interesse dafür zu sorgen, daß es den Gemeinden gut gehe, daß Frieden und Ordnung in den Gemeinden herrsche. Ein anderes Interesse von ihrer Seite ist hierbei gar nicht denkbar."

Aus dem Allen ist wieder zu ersehen, daß im Jahr 1837 die Liberalen in ihrer Gesammtheit die Grundzüge der Gemeindeordnung von 1831 ebensowenig in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatten, als im Jahre 1831 alle Liberalen über die Grundsätze einig waren, auf welchen die Gemeindeordnung aufgebaut werden solle. Man wog, wie schon gesagt, ab, liberale Männer der entschiedensten liberalen Gesinnung standen Männern von ebenso unbezweifeltem Liberalismus gegenüber, und da und dort gab es wieder besondere Schattirungen. Und man bemerke wohl, daß die direkte Wahl des Bürgermeisters im Jahr 1837 von liberalen Männern für gemeindewohlgefährlich gehalten wurde, obgleich damals gegenüber allzu unlauteren Wahlumtrieben noch als Korrektiv ein Bestätigungsrecht der Regierung bestand!

Im Jahre 1869 hielt das Ministerium Jolly die Zeit für gekommen, wo das seither und schon vor dem Jahr 1831 geltende Bestätigungsrecht des Bürgermeisters von der Staatsbehörde aufgegeben, für die unmittelbare Wahl des Bürgermeisters die Wahl durch den Bürgerausschuß eintreten, und statt der in der Gemeindeordnung von 1831 vorgeschriebenen öffentlichen Wahl der Gemeinderäthe die geheime Platz greifen konnte; die Gemeinderäthe sollten zwar von allen Wählern direkt, aber nach drei Klassen gewählt werden.

Schon im Februar 1866 hatte das Ministerium Lamey den Ständen einen Gesetzentwurf vorgelegt, die Abänderung der Gemeindeordnung betreffend, der aber nicht so weit vorging; derselbe behielt den großen Ausschuß als Wahlkörper für die Wahl des Bürgermeisters, des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses und, hinsichtlich des Bürgermeisters, das Bestätigungsrecht der Regierung bei, jedoch mit einer Beschränkung desselben auf zwei Wahlgänge.

Auch wurde die neunjährige Amtsdauer des Bürgermeisters nicht geändert, nur vorgeschlagen, daß der große Ausschuß alle drei Jahre im Monat Januar neu gewählt und der regelmäßige Wechsel im Amte des Bürgermeisters und der Gemeinderäthe auf den 1. März stattfinde, auch ihre Dienstzeit von diesem Tage an gerechnet werden solle, mag die Wahl vorher oder später vorgenommen worden sein. Die im Gesetzentwurf enthaltene hauptsächliche Aenderung betraf die Einrichtung des großen Ausschusses, der wie im Gemeindegesetz von 1831 aus den drei Steuerklassen zu je einem Drittheil gewählt werden sollte.

Die Abgeordneten Achenbach und Eckhard erstatteten Berichte über den Gesetzentwurf, der jedoch nicht zur Berathung gelangte. Beide gehörten der liberalen Partei an. Die Mehrheit der Kommission trat dem Regierungsentwurf, daß der große Ausschuß Wahlkörper sein solle, bei. Der Bericht bemerkt darüber:

„Die Mehrheit ließ sich von der Ansicht leiten, daß diese Frage nicht nach theoretischen Grundsätzen über Gleichberechtigung entschieden werden dürfe, sondern nach dem praktischen Gesichtspunkte, ob von dieser oder jener Wahlart ein gedeihliches Ergebniß für Staat und Gemeinde erwartet werden dürfe. Es schien Ihrer Kommission auch unzweifelhaft, daß das Wahlrecht in der Gemeinde kein Privatrecht des einzelnen Bürgers ist, welches er im eigenen Interesse ausübt, er übt es vielmehr im öffentlichen Interesse, es beruht auf dem öffentlichen Recht und der Gesetzgeber hat solches zu ordnen nach Gründen der Zweckmäßigkeit."

„Die Zweckmäßigkeit ist wohl nach der Erfahrung zu bemessen, und indem die Mehrheit an dem Satze festhält, daß das indirekte Wahlsystem sich bewährt habe, erachtet sie es für gefährlich, die Wohlfahrt der Gemeinden von einem zweifelhaften Experimente abhängig zu machen und einen Versuch zu wiederholen, der wenigstens in den Jahren 1831—37 bis zu einem gewissen Maße als gescheitert betrachtet werden kann, und es muß auch hier wiederholt darauf hingewiesen werden, daß der Gesetzgeber sich hüten soll, bestehende Gesetze und Einrichtungen zu ändern, bevor nicht die Ueberzeugung und Gewißheit feststeht daß das Neue besser sei, als das Bestehende."

Der Kommissionsbericht der Minderheit, erstattet von Eckhardt, sprach sich für direkte Wahl der Gemeindebeamten aus und bemerkt, daß hinsichtlich des Bestätigungsrechts des Bürgermeisters durch die Regierung der Gesetzentwurf nicht mehr verlange, als billigerweise gewahrt werden kann. Ueber die direkte Wahl sagt Eckhardt:

„Vor Allem ist es der Bürgermeister, welcher nach seiner ganzen Stellung und nach seinem ganzen Wirkungskreise nicht aus der Wahl weniger Personen hervorgehen sollte. Er muß unbedingt der Mann des Vertrauens der ganzen Gemeinde sein, und dies ist er nur dann, wenn er aus der Wahl der sämmtlichen Bürger der Gemeinde hervorgeht."

„Schlimmsten Falls geben im Falle eines Mißgriffs in der Wahl, der aber auch, wie die Erfahrung lehrt, nicht allein bei den direkten, sondern auch bei den indirekten Wahlen vorkommen kann, die §§. 37 ff. Gem.-Ordn. (jetzt §§. 23 ff. über Dienstent-

---

(Moltke in Verlegenheit um einen Verleger.) Wie es allen jungen Autoren geht, wurde es auch dem Sekondleutnant von Moltke schwer, einen Verleger zu finden, als er seine erste Schrift „Holland und Belgien" (1831) veröffentlichen wollte. Er selbst schildert seinen Verdruß in sehr ergötzlicher Weise in einem Briefe an seine Mutter vom 9. Jan. 1831, der folgenden Wortlaut hatte: Alle die Leiden eines jungen Autors, der um einen Verleger verlegen, sind über mich gekommen. Durchdrungen von dem Werth unserer Arbeit, erstaunen wir, die Buchhändler von mißlichen Konjunkturen, vom Darniederliegen des Buchhandels reden zu hören, dem wir eben durch unser Manuskript einen neuen Aufschwung geben wollen. Der Undank des Mannes, dessen Glück durch unsern Aufsatz wahrscheinlich gemacht ist, empört uns, und wir würden der Welt unser Licht vorenthalten, wenn nicht ein ungestümer Schuhmacher, dem wir eine Schlafstelle in unserm Gedächtnisse angewiesen, mit wissenschaftlichem Eifer auf die Herausgabe eines so ausgezeichneten Werkes dränge, und sollte das Honorar auch nur — 3 Dukaten betragen. — 3 Dukaten! Beschämt schreib' ich es nieder. 3 Dukaten für dreihundert Jahre aus der Geschichte, während ich oberflächliches Geschreibsel in Journalen schon mit 2 Louisdors den Bogen bezahlt erhalte. Recht demüthigend in der That — indessen zweifle ich keinen Augenblick, daß 500 Exemplare im Umsehen vergriffen sein werden, und ich hoffe, daß Ihr Alle das Eurige dazu beitragen werdet, damit eine neue Honorarzahlung erfolge. Ohnehin — die Hoffnung, sich in wenigen Tagen gedruckt und für sechs Groschen in allen soliden Buchhandlungen zu haben zu sehen, das entscheidet, vorzüglich wenn Aussicht vorhanden, durch eine bissige Kritik fernerweitig illustrirt zu werden. Doch es geziemt sich nicht, länger als zwanzig Minuten von sich selbst zu sprechen (vergl. Chesterfield und Knigge, denn wir Autoren zitiren gern Autoritäten), und somit sage ich nur noch, daß mein unsterbliches Werk (wenn ich ige Werk, so meine ich eigentlich eine Broschüre von Gustchens Taille), daß es den Titel Holland und Belgien in gegenseitiger Beziehung u. s. w. führt und mit unserem glorreichen Namen verziert ist . . .

Der Deinige
Helmuth.

— **Eine deutsche Dienerin Dom Pedros**, des ehemaligen Kaisers von Brasilien, Marie Schreiber, aus Oberschlesien stammend, folgte in voriger Woche in Lissabon ihrem Herrn in den Tod nach. Wie man dem Berl. Tagebl. von dort schreibt, hat das eigenartige Schicksal dieser Dienerin und das Verhältniß, in welchem sie zu dem verstorbenen Kaiser und dessen Gemahlin lange Jahre hindurch gestanden, allgemeine Theilnahme erweckt, und die Deutschen in Lissabon gaben ihrer Landsmännin fast vollzählig das letzte Geleite. Die Verstorbene kam im Jahre 1853 als elfjährige Waise in Rio de Janeiro an, da ihr Vater, mit welchem sie die Heimath verlassen, während der Ueberfahrt starb. Das Mädchen war untröstlich, und in Rio saß sie wochenlang weinend in dem Einwandererhause, ohne ein Wort zu sprechen; auch Nahrung nahm sie kaum zu sich, so daß sie nahe daran war, vor Entkräftung zu sterben. Der Kaiser Dom Pedro hörte von dem unglücklichen Kinde und ließ es sofort in ein Pflegehaus bringen, wo es jedoch trotz der liebevollsten Behandlung weiter hinsiechte. Der Kaiser kam selbst mehrfach, um sich nach dem Befinden seines Schützlings zu erkundigen, doch dauerte es Jahre, ehe das Mädchen wieder die Gesundheit erhielt. Marie S. wurde dann auf ihre wiederholten Bitten als Dienerin der kaiserlichen Familie angenommen, welcher sie eine rührende Anhänglichkeit zeigte. Die Kaiserin schenkte ihr das vollste Vertrauen, und das Mädchen hatte auch niemals einen andern Wunsch, als in der Nähe der kaiserlichen Familie zu sein. Verstärkt wurde dieses Gefühl noch, als Dom Pedro die Dienerin, auf welche ein Paar scheu gewordene Pferde einstürmten, mit eigener Hand vor dem Verderben rettete. Als das Kaiserpaar in die Verbannung gehen mußte, blieb die Dienerin bei der Kaiserin bis zu deren letzter Stunde. Nachdem diese in Lissabon beigesetzt war, fand die Dienerin dort in einem Hospiz Aufnahme, aber täglich ging sie zwei Mal zu der Ruhestätte ihrer Herrin, um zu beten. So harrte sie dort aus, bis endlich auch die sterblichen Ueberreste ihres Herrn zu derselben Stätte geleitet wurden. Acht Tage lang war es ihr noch vergönnt, an dieser für sie geheiligten Stelle für das Seelenheil Beider zu beten, bis der Tod auch sie mit ihnen vereinte.

(Eine Fehde zwischen Theaterdirektor und Kritiker) ist endlich einmal sehr schnell und zwar zu Gunsten des Kritikers entschieden worden. Der Direktor hat dem Kritiker, dem er wegen abfälliger Besprechungen der Kunstleistungen seines Theaters die Karten zu den Erstaufführungen entzogen hat, die Pforten des Theaters schleunigst wieder geöffnet, da er in Gefahr war, von sämmtlichen Kritikern wegen seines Verhaltens in Acht und Bann gethan und mit seinen Aufführungen todtgeschwiegen zu werden. Die Sache hat sich in Paris abgespielt, wo der Direktor des Gymnase-Theaters, Viktor Koning, den Kritiker des Petit Journal, Leon Kerst, dessen Rezensionen ihm mißfielen, den ferneren Zutritt zu seinen Vorstellungen untersagte. Nun herrscht unter den Pariser Kritikern ein strenger Korpsgeist, der im „Cercle de la critique" seine Pflegestätte hat. Heltor Pessard, als Vorsitzender des Cercle, machte dem Direktor persönliche Vorstellungen wegen seines Verhaltens und ließ durchblicken, welche Unannehmlichkeiten demselben daraus erwachsen konnten. Bei Herrn Koning, der selber Journalist gewesen ist, erwachte die bessere Einsicht, er wartete nicht erst die gegen ihn etwa zu ergreifenden Maßregeln ab, sondern räumte Herrn Kerst die vorenthaltenen Sitze in seinem Theater wieder ein.

(Der erste „Fracktabend der Saison") im Berliner Opernhaus fiel auf den letzten Mittwoch und hat ein ziemliches Fiasko für seinen Veranstalter, den Intendanten, gebracht — es waren wenig wirkliche Theaterfreunde da! Die Vielen, welche der beschränkten Ansicht sind, daß die Theater eigentlich der Kunst, nicht des Toilettenzwanges wegen da seien und die unverzeihlicherweise den Frack, das einzig „hof- und salonfähige" Kleidungsstück, unschön und albern finden — die sind fern geblieben. Das Theater wies deßhalb ganz bedenkliche Lücken auf; eine stumme Sprache, die aber um so beredter ist, als am „Frackabend" eine sonst sehr beliebte Oper, Kreutzers „Nachtlager in Granada", gegeben wurde!

(Gemüthlich.) In Wien hatte die Gattin des Peuschenfabrikanten, Frau Anna Franz, vor dem Strafrichter des Bezirksgerichts Wieden die Ehrenbeleidigungsklage gegen ein Dienstmädchen erhoben, das sie grundlos eines Diebstahls bezichtigte. Richter: Ich finde es begreiflich, daß Sie sehr erbittert sind, aber mit einer Abbitte könnten Sie sich doch zufrieden geben. — Klägerin: Ich darf nicht! — Richter: Warum dürfen Sie denn nicht? — Klägerin: Mein Mann hat mir's verboten. — Richter: Nun, wir sind jetzt in der Weihnachtswoche, da ist man doch versöhnlich gestimmt. — Klägerin: Nein, ich darf nicht — Richter: Aber Sie sind doch eine selbständige Frau. Geben Sie sich doch mit einer Ehrenerklärung zufrieden. — Während die Klägerin noch zögernd dasteht, hört man eine Stimme aus dem Publikum rufen: Sagen S' ja! — Klägerin (zum Richter): Soll ihm Ja sagen? — Richter: Natürlich! Ihre Ehre wird dadurch auch wieder vollständig hergestellt. — Klägerin (zum Publikum): Soll ich Ja sagen? — Publikum (im Chorus) Sagen S' Ja! — Klägerin: Aber mein Mann . . . ? — Publikum (im Chorus): Dos macht nix! Sagen S' nur Ja! — Klägerin: Na, in Gott's Namen sag' i halt Ja! — Und unter dem Beifalle des Publikums verließen Klägerin und Beklagte den Verhandlungssaal.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lassung) Mittel und Wege an die Hand, den gemachten Fehler zu verbessern."

„In jedem Falle scheint der Minderheit der Kommission die gegenwärtig von so vielen Gemeinden gewünschte direkte Wahl der Gemeindebeamten eines Versuchs werth zu sein."

Das war die Sprache der liberalen Führer im Jahr 1866. Wie man sieht, wird lediglich mit Zweckmäßigkeitsgründen gekämpft. Nirgends wird behauptet, daß die liberalen Grundsätze eine direkte Wahl der Gemeindebeamten und eine sechsjährige Dienstzeit des Bürgermeisters verlangen. (Auf die weiteren, gegen diese Ausführungen gerichteten Artikel des Dr. B. in der Konst. Ztg. wird die Antwort erfolgen, wenn dieselben vollständig vorliegen. D. Red.)

N. Der preußische Volksschulgesetzentwurf.

Soweit sich schon von einer parlamentarischen Grundstimmung über den neuen Volksschulgesetzentwurf sprechen läßt, ist dieselbe keineswegs günstig. Ueberall wird anerkannt, daß die konfessionelle Ausgestaltung des Volksschulwesens hier auf die äußerste Spitze getrieben und daß dem geistlichen Einfluß ein weit über das bisherige Maß hinausgehender Raum angewiesen wird. Die Konfessionalität der Schulen, die ja auch jetzt schon Regel ist, wird noch weiter verschärft: Neue Volksschulen dürfen überhaupt nur noch auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden, und selbst für die Schonung der bestehenden Simultanschulen fehlt jede Sicherheit der Dauer. Bei der Zahl von 60 Schulkindern in einer Schule anderer Konfession muß, bei der Zahl von 30 kann die Aufsichtsbehörde die Errichtung einer besondern konfessionellen Schule anordnen. Ein konfessioneller Schulvorstand mit den wesentlichsten Rechten, dessen Vorsitzer der Ortsschulinspektor, also in der Regel ein Geistlicher ist, wird für jede einzelne konfessionelle Schule, bezw. für mehrere Schulen derselben Konfession an einem Orte errichtet. Bei der Ausbildung der Lehrer, bei der Einführung neuer Lehrpläne und Lehrbücher für den Religionsunterricht, bei der Prüfung der Lehrer in Bezug auf die Befähigung zur Ertheilung des Religionsunterrichts ist den kirchlichen Behörden ein so weitgehendes Mitwirkungsrecht eingeräumt, daß es geradezu auf ein Recht der Bestätigung von Lehreranstellungen hinausläuft. Der Satz: „Ist ein Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde nicht zu erzielen, so ist dem Lehrer das Lehramtszeugniß mit Ausschluß der Befähigung für den Religionsunterricht zu ertheilen" heißt, namentlich bei Schulen mit einem einzigen Lehrer, die Anstellung desselben geradezu von der Zustimmung der Kirche abhängig machen. Dazu kommen noch die bedeutenden Erleichterungen bezüglich der Errichtung von Privatschulen, in welchen den Staatsschulen, wie uns ausländische Erfahrungen zur Genüge belehren können, eine empfindliche Wettbewerbung bereitet und der kirchlichen Erziehung der weitgehendste Spielraum gewährt werden kann.

Es ist offenbar gegen den alten preußischen Grundsatz, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates ist, niemals ein schwererer Schlag geführt worden. In manchen Bestimmungen über die äußeren Verhältnisse der Lehrer und der Schule enthält der Entwurf, meist in Uebereinstimmung mit dem Goßler'schen, manches Gute; in jenen großen Prinzipienfragen aber, die ihm seine hohe politische Bedeutung verleihen, ist er ein bedauerliches Zugeständniß an eine Richtung, von der wir nicht glauben können, daß sie von der Mehrheit des preußischen Volkes und seiner Vertretung gebilligt wird. Es ist sehr bezeichnend, daß die Ultramontanen in ihrer bekannten Unersättlichkeit selbst mit diesen Zugeständnissen noch nicht recht zufrieden sind, oder sich wenigstens so stellen. Die Germania redet von einem Gefühl der Enttäuschung in katholischen Kreisen, wenngleich auch sie anerkennen muß, daß bezüglich des Religionsunterrichts und der Durchführung der Konfessionalität Manches besser im Vergleich zu dem bestehenden Zustande und dem Goßler'schen Entwurfe sei. Also auch mit diesem Gesetze wären die klerikalen Ansprüche noch lange nicht befriedigt! Bei der deutschfreisinnigen Partei scheint es allmählig zu dämmern. Die Freis. Ztg. schreibt: „Vom liberalen Standpunkte kann man das Urtheil über die konfessionelle und kirchliche Richtung des Entwurfs nur dahin zusammenfassen, daß in dem Grafen Zedlitz der selige Mühler wieder auferstanden ist. Den Mühler'schen Unterrichtsentwürfen könnte man sogar im Vergleiche zu dem vorliegenden Entwurfe vom liberalen Standpunkte aus noch als das kleinere Uebel den Vorzug geben. Damit ist der Standpunkt der freisinnigen Partei gegenüber dem Gesetzentwurfe klar vorgezeichnet." Die konservative Presse hält mit ihrem Urtheil noch sehr zurück. Wir können aber nicht glauben, daß, abgesehen von den Kreisen der Kreuzzeitung, die konservative Partei sich dazu hergeben wird, in Gemeinschaft mit dem Zentrum diese Auslieferung der Schule an die Geistlichkeit, insbesondere an die ultramontane, mitzumachen. Bei dem ganzen Geist und Charakter, der den Gesetzentwurf erfüllt, sehen wir auch wenig Wahrscheinlichkeit, daß es gelingen könnte, daraus durch Umänderungen und Ausscheidungen etwas Brauch- und Annehmbares zu machen.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Die erneute Auszeichnung, welche in Berlin dem Polenthum durch die pomphaften Feierlichkeiten für den Erzbischof v. Stablewski erwiesen worden ist, hat in der nationalen Presse des Reiches nichts weniger als freudige Zustimmung gefunden. Ein Berliner Berichterstatter der Allg. Ztg. weist auf diese Thatsache hin und bemerkt, daß durch die jetzige „Aera der Polendiners" in Berlin die Polenfrage überhaupt den Angelpunkt aller Diskussion in der politisch denkenden Gesellschaft bilde. Weiter sei durch die Reden bei der Stablewskifeier von Neuem bestätigt worden, daß Herr v. Stablewski in Anerkennung seiner Thorner Rede zum Erzbischof erhoben wurde, wie dies auch der Reichskanzler in seiner bekannten Bacillusrede zugestand. Der Korrespondent schreibt dann weiter: Gewiß eine kaiserliche Belohnung! Aber eine Belohnung doch nur für eine Rede, d. h. für eine Kundgebung in Worten, denen die Thaten noch zu folgen haben. Man hofft in unsern hohen amtlichen Kreisen bestimmt, daß das kaiserliche Vertrauen nicht getäuscht werden wird; aber die Polen müßten nicht Menschen von Fleisch und Blut und nationaler Leidenschaft sein, wenn sie im Gefühl der größeren Macht, die sie nunmehr in Händen haben, den Versuch nicht machten, diese Macht zu ihrem Vortheil, wie sie ihn verstehen, zu nützen. Da wird es allerdings am Erzbischof sein, „in besonderem Maße Weisheit und Treue" zu bethätigen. Aber die Sache hat noch ihre andere Seite. Das den Polen gewährte kaiserliche Wohlwollen, das durch das neue Schulgesetz noch in erheblichem Maße gesteigert wird, ist unbedenklich nur unter einer Voraussetzung: daß nämlich die deutsche Bevölkerung in Posen und Westpreußen sich ihrer nationalen Pflichten in höherem Grade bewußt zeigt, als es bisher der Fall war! Die Deutschen in unsern halbpolnischen Provinzen haben bisher eine wahrhaft klägliche Wehrlosigkeit dem Andringen des Polenthums gegenüber bewiesen. Weder die Ansiedelungskommission, noch die staatliche Hilfe, die den deutschen Volksschullehrern zu Theil wurde, noch die deutsche Einwanderung hat irgend erhebliche Fortschritte deutscher Sprache und deutscher Kultur gezeitigt. In den Städten vermag das deutsche Element den ihm gebührenden Vorrang nicht zu behaupten und diese Gebiete, an welche sich die Erinnerung der ruhmvollsten Zeiten des deutschen Ordens knüpfte, zeigen heute ein Bild nationaler Impotenz, das jeden Deutschen, der auf diese Dinge Werth legt, mit Bedauern erfüllt. Die Erhebung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof und das den Polen so förderliche Schulgesetz sollte ein Weck- und Mahnruf an alle Deutschen der Provinz sein, sich zusammenzuthun und zusammenzustehen zur Aufrechterhaltung Dessen, was ihnen noch geblieben ist, und zu nationaler Weiterarbeit, wie es die verantwortungsvolle Stellung verlangt, auf der sie stehen. Pioniere müssen zäh und hart und arbeitsam sein, sonst gehen sie zu Grunde. Nur wer sich selbst zu vertheidigen vermag, verdient auch selbständig zu sein, und die deutsche Nation wird daher von der heutigen Generation der Deutschen in Posen und Westpreußen Rechenschaft verlangen darüber, wie sie — auch bei so jäh wechselnden Regierungsauffassungen — dieses deutsche Land erhalten und vertheidigt haben. Der Eid des Erzbischofs, das Vertrauen des Kaisers, die thatkräftige Treue der Deutschen des Landes sollen Bürgen sein für eine Zukunft, in die wir nicht ohne Bangen hinüberblicken.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Ueber die Stellung Deutschlands zur ägyptischen Angelegenheit schreibt der Berliner halbamtliche Mitarbeiter der Wiener Polit. Korr.: Der diplomatische Zwischenfall in Bulgarien, der die politische Welt seit mehreren Wochen beschäftigte, ohne bisher zu einer Erledigung zu gelangen, ist durch den unerwarteten Tod des Khedive in den Hintergrund gedrängt worden. Allerdings ist auch die ägyptische Frage seit einem Jahrzehnt und darüber nicht zur Ruhe gekommen, Frankreich und Rußland haben bekanntlich noch in jüngster Zeit das Ihrige redlich gethan, um auf diesem Gebiete immer und immer wieder erneute Anregungen zu geben, und der jetzt eingetretene Todesfall gibt ihnen in dieser Richtung noch bequemere Handhaben. Ob und wie sie dieselben benutzen werden, bleibt abzuwarten. Deutschland seinerseits ist in der angenehmen Lage, die Ereignisse ruhig abwarten zu können. Daß man trotzdem den betreffenden Vorgängen mit der größten Aufmerksamkeit folgt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. In der Stellung Deutschlands zur ägyptischen Frage hat sich seit Jahren nichts geändert. Man erinnert sich der Erörterungen und Erklärungen, welche die ägyptische Angelegenheit in den Jahren 1885 und 1886 im deutschen Reichstage veranlaßt hat. Die damaligen Reden des Fürsten Bismarck hatten durch den Zusammenhang, in welchem die ägyptische Frage zu dem Verhältnisse zwischen England und Deutschland behandelt wurde, einen gewaltigen Eindruck in der gesammten politischen Welt hervorgerufen. Deutschland hat damals, wie sicherlich auch jetzt, indem es allen Bemühungen der Westmächte, in die ägyptischen Verhandlungen hineingezogen zu werden, widerstand, klar und bestimmt anerkannt, daß England und Frankreich in Aegypten größere Interessen hätten, die ihnen ein Anrecht auf eine bevorzugte Stellung verliehen. Aus dieser Zurückhaltung ist Deutschland in der ägyptischen Frage trotz aller Versuchungen nicht herausgetreten; man hatte nicht das geringste Verlangen, irgend eine Verantwortung für die Gestaltung der inneren Verhältnisse in Aegypten und am Rothen Meere zu übernehmen. Es ist bekannt, daß die englische Regierung es sich seiner Zeit sehr angelegen sein ließ, vom Fürsten Bismarck einen Rath oder einen Wink zu erhalten über Das, was in Aegypten zu thun war. Es ist damals gesagt und gerathen worden, von allen Einverleibungsversuchen Abstand zu nehmen; es wurde zugegeben, daß es für England ein Bedürfniß wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindeglieder seines europäischen und seines asiatischen Gebietes zu besitzen; eine solche Stellung aber könne, ohne mit den Verträgen in Widerspruch zu gerathen, nur durch den Sultan und dessen Vermittelung gewonnen werden. Damals, wie jetzt, ist die ägyptische Frage hier als eine solche angesehen worden, die England vor Allem mit Frankreich abzumachen haben würde, unter Wahrung der Verträge und der Rechte des Sultans. Im Uebrigen kann es wohl als selbstverständlich betrachtet werden, daß man einen jungen orientalischen Souverän von noch nicht 18 Jahren nicht ohne jede gewährleistende Aufsicht lassen kann, wie solche auch im Interesse der europäischen Gläubiger Aegyptens von großer Bedeutung ist.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Man schreibt uns von betheiligter Seite: Die Germania hat am 5. d. M. den Wortlaut einer Bittschrift von Gegnern der Jesuiten an Se. Majestät den Kaiser und eines an die Unterzeichner derselben gerichteten Begleitschreibens abgedruckt. Die Schriftstücke waren als „streng vertraulich" bezeichnet. Bei dem ganzen Verkehr in dieser Sache hat die denklichste Vorsicht gewaltet. Es ist nicht anzunehmen, daß die Schriftstücke anders als auf dem Wege des Vertrauensbruchs in die Hände der Germania gelangt sind. Wir enthalten uns vieler Bemerkungen über diese ganze Angelegenheit und verweisen einzig auf einen Umstand, der bei dem Abdruck der Schriftstücke zu Tage tritt. Der Abdruck enthält eine große Zahl von Fehlern, theilweise sinnentstellend. Vielleicht nicht ohne Absicht kommen sie auch auf Rechnung eines bösen Gewissens, das für solche Arbeit noch nicht die erforderliche Bildung und Ruhe hatte. Aber darauf wollen wir nicht hinweisen. Der nahezu vollständige Abdruck enthält eine Lücke, es fehlt ein Satz und diesen Satz nachzutragen, mag unsre einzige Kritik des ganzen Verfahrens sein. Die Germania druckt noch richtig ab: „Es bedarf keines Hinweises darauf, daß dieser Wortlaut streng vertraulich behandelt und auf's peinlichste darüber gewacht werde, damit nicht durch unvorsichtige Aufbewahrung dessen eine böswillige Veröffentlichung möglich gemacht werde." Dann fehlt in der „böswilligen Veröffentlichung" der folgende Satz: „Wir verweisen darauf mit solcher Ausführlichkeit einerseits, weil wir Beispiele kennen, wo auf bisher unaufgeklärte Weise vertrauliche Schriftstücke in ultramontane Zeitungen gelangten, und anderseits, weil eine Veröffentlichung nicht nur der Sache schaden, sondern vor allem die schuldige Ehrfurcht vor Se. Majestät gröblich verletzen würde." Wir haben dem nichts zuzufügen.

♂ **Berlin**, 15. Jan. Se. Maj. der Kaiser ist von seinem Jagdausflug nach Bückeburg heute Nachmittag 5½ Uhr wieder in Berlin eingetroffen; in seiner Begleitung befanden sich Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe, welche in Berlin mehrtägigen Aufenthalt zu nehmen gedenken.

* **Berlin**, 15. Jan. Der Bundesrath ertheilte in der am 14. d. Mts. unter dem Vorsitz des königlich bayerischen Bevollmächtigten, Gesandten pp. Grafen von Lerchenfeld-Köfering abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Zollbehandlung des am 1. Februar 1892 in Deutschland vorhandenen unverzollten ausländischen Getreides die Zustimmung. Sodann erfolgte die Beschlußfassung über die in der vergangenen Sitzung unerledigt gebliebenen Bestimmungen des Gesetzentwurfs, betreffend die Bekämpfung der Trunksucht, sowie die Annahme dieses Gesetzentwurfs im Ganzen. Mit der Vorberathung der Gesetzentwürfe für Elsaß Lothringen über das Notariat und wegen Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung und des Etatsentwurfs für Elsaß-Lothringen auf das Etatsjahr 1892/93 wurden neben dem Ausschuß für Elsaß-Lothringen für erstere beiden Entwürfe der Ausschuß für Justizwesen, für den letzteren der Ausschuß für Rechnungswesen beauftragt. Zwei Eingaben wegen Rückerstattung von Zoll beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Endlich wurde über den Sr. Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung einer erledigten Reichsanwaltstelle beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlag Beschluß gefaßt.

N **Berlin**, 15. Jan. Der mündliche Bericht der 6. Abtheilung über die Wahl des Mitgliedes des Reichstages Herzog von Lauenburg, Fürst von Bismarck, im 19. Wahlkreise der Provinz Hannover liegt jetzt vor. Die Abtheilung beantragt: Der Reichstag wolle beschließen, die Wahl für giltig zu erklären und den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die in den telegraphischen Depeschen vom 15. und 30. April 1891 aufgestellten Behauptungen über Verstöße der Wahlvorstände in einigen Ortschaften auf ihre Richtigkeit prüfen und eventuell durch geeignete Instruktionen ähnlichen Verstößen für die Zukunft vorbeugen zu lassen.

* **Sigmaringen**, 15. Jan. Der Fürst von Hohenzollern und Prinz Ferdinand von Rumänien sind heute nach Pallanza abgereist.

Frankreich.

♁ **Paris**, 15. Jan. Die Abgeordneten und Senatoren der südwestlichen Departements überreichten heute dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen die von ihren Generalräthen und landwirthschaftlichen Vereinen beschlossenen Wünsche, dahingehend, die Regierung möge bei den Zollverhandlungen mit Spanien nicht unter den Mindesttarif herabgehen. — Der Pariser Gemeinderath bewilligte heute 10,000 Fr. für die Familien der streikenden Droschkenkutscher. Der Seinepräfekt machte gegen die Gesetzlichkeit dieses Beschlusses keine Vorbehalte.

Italien.

* **Rom**, 15. Jan. In der heutigen Kammersitzung führt Pantano aus, der Bruch mit Deutschland verschlechtert zwar die italienisch-deutschen Beziehungen nicht, könne auch lebensfähige Elemente enthalten, schütze aber Volkswirthschaft, Industrie und Ackerbau Italiens nicht wirksam genug. Pantano bemängelt den Vertrag mit Oesterreich, der die unvortheilhafte Lage Italiens auf Grund des 1887er Vertrages nicht ändere und für den italienischen Handel im Orient verhängnißvoll werden könne, da der Einfluß Oesterreich-Ungarns in den Balkanstaaten wachse. Matieri spricht für den Vertrag, verlangt indessen gegenüber Oesterreich-Ungarn die Anwendung der Klausel auf Zulassung italienischer Weine zum Zollsatze von 5,77. Saponiti spricht gegen den Vertrag.

Spanien.

* **Madrid**, 15. Jan. Das amtliche Blatt veröffentlicht einen königlichen Erlaß Betreffs der neuen Tarife. Darnach sollen englische und holländische Waaren, die mit Ursprungszeugnissen versehen sind, vom 1 Februar bis 30. Juni den im Tarif B der Handelsverträge mit Deutschland und Frankreich angegebenen Zoll zahlen.

Baden.

♀ **Karlsruhe**, 15. Jan. Seine Königl. Hoheit der Großherzog hat mehreren hervorragenden deutschen Theologen den Wunsch geäußert, ihre werthen Kräfte einem Werke der Liebe zu widmen, das dem Wohle der hiesigen evangelischen Gemeinde und auch weiteren Kreisen außerhalb derselben gilt. Die nachstehend verzeichneten Theologen haben sich bereit erklärt, in den ersten Monaten dieses Jahres gottesdienstliche Vorträge in der Schloßkirche hierselbst zu halten: die Herren Professor Dr. Achelis in Marburg, Professor Dr. Bassermann in Heidelberg, Professor Dr. Cremer in Greifswalde, Professor Dr. Hauck in Leipzig, Professor Dr. Haupt in Halle, Professor Dr. Herrmann in Marburg, Professor Dr. Kaftan in Berlin, Professor Dr. Lemme in Heidelberg, Professor Dr. Sell in Bonn, Dekan Weitbrecht in Stuttgart. Diese Gottesdienste werden Abends um 6 Uhr beginnen und der erste derselben soll Mittwoch, den 20. Januar, stattfinden. An diesem Abend wird Professor Dr. Haupt aus Halle die geistliche Rede halten, welche auf den Satz begründet ist: „Das Gottesreich als höchstes Gut". Die Gemeinde wird — so hofft der Großherzog — in diesen Abendgottesdiensten manche neue Anregung, reiche Befriedigung und Erbauung finden. Es werden weitere Vorträge halten: die Herren Professor Dr. Lemme am Mittwoch, den 10. Februar, über „den Werth des Gebetes"; Professor Dr. Bassermann am Mittwoch, den 17. Februar, über „die Bedeutung des Christenthums für die Familie und dieser für jenes"; Professor Dr. Herrmann am Mittwoch, den 24. Februar, über „das Christenthum und der geistige Fortschritt der Menschheit"; Professor Dr. Achelis am Donnerstag, den 3. März, über „die Bedeutung des Gemeindegottesdienstes"; Professor Dr. Cremer, am Mittwoch, den 16. März, über „die christliche Lehre von der Sünde und den neuzeitigen Pessimismus"; Professor Dr. Hauck am Mittwoch, den 23. März, über „das Christenthum und das irdische Gut"; Professor Dr. Sell am Mittwoch, den 30. März, über „die Bedeutung des Christenthums für den irdischen Beruf"; Professor Dr. Kaftan am Mittwoch, den 6. April, über „die Erlösung durch Christum und die Selbsterlösung der Menschheit"; Dekan Weitbrecht am Mittwoch, den 20. April, über „die christliche Ewigkeitshoffnung".

b.c. **Karlsruhe**, 16. Jan. Um die Agitationsweise der Zentrumsanhänger bei Gelegenheit der Waldkircher Landtagswahl in die richtige Beleuchtung zu rücken, genügt es, zwei Vorfälle hier zur öffentlichen Erörterung zu stellen. In dem Wahlrundschreiben der Zentrumspartei findet sich u. A. auch folgender Satz: „Wie gut wäre es für Waldkirch und Umgegend, wenn der Oberamtmann, der, wie früher eine andere, so auch die Wahl Gsell's hauptsächlich gemacht hat, überhaupt nie in den Bezirk gekommen wäre! Wenn durch den verhängnißvollen Krach von Waldkirch in Dutzenden von Familien schwere Sorge herrscht, so ist er nicht ganz unbetheiligt daran." Um die unerhörte Verdächtigung eines hervorragenden Beamten, welche mit diesen Worten ausgesprochen wird, in ihrem ganzen Umfange zu würdigen, ist es nöthig, darauf hinzuweisen, daß der frühere Oberamtmann, der jetzt als Oberbürgermeister in Mannheim fungirt und zu dieser Stellung auch von den im Mannheimer Bürgerausschuß vertretenen Freisinnigen berufen wurde, selbst zu den wohl mit am empfindlichsten Geschädigten des Waldkircher „Krachs" zählt, daß er, der weder als Genossenschafter, noch als Aktionär an dem Unternehmen betheiligt und in keiner Weise zur Kontrole der Leitung desselben berufen war, dem Institut in gutem Glauben Kapitalien anvertraute, deren er, wie so viele Andere, jetzt verlustig gegangen ist. Der Versuch, die Waldkircher Krachgeschichte so darzustellen, wie es im ultramontanen Rundschreiben geschieht und sie zu politischen Zwecken auszubeuten, stellt sich um so mehr als eine parlamentarisch kaum zu bezeichnende Verdächtigung dar, als es den Verfassern des Wahlrundschreibens wie den Mitgliedern der Zentrumsfraktion bekannt war, daß der frühere Oberamtmann genau so stark und vielleicht noch mehr, wie Andere, unter den Folgen des „Krachs" zu leiden hat. Nicht minder stark und bezeichnend ist der zweite Fall. In einem Wahlartikel des ultramontanen Bad. Beobachters war gesagt worden, daß der frühere Abgeordnete Gsell vom Ministerium des Innern zur Annahme der Kandidatur im Kreise Waldkirch-Emmendingen veranlaßt worden sei. Der Zweck dieser Mittheilung ist klar. Zunächst sollte Angesichts des „Falls Gsell" überhaupt dem Ministerium des Innern die Verantwortung für die Kandidatur Gsell aufgebürdet und ferner damit die Einflußnahme des Ministeriums auf die Wahlen im Allgemeinen festgestellt werden. Das Ergebniß dieser „Feststellung" ist aber ein weiterer Beweis für die Unwahrhaftigkeit der ultramontanen Wortführer, denn sicherem Vernehmen der Bad. Korr. zufolge hat das Ministerium des Innern von der Aufstellung Gsell's erst dann Kenntniß erhalten, als dieser bereits in einzelnen Gemeinden des Bezirks sich Stimmen gesichert hatte. Im Ministerium des Innern hatte man um so weniger Ursache, von der Kandidatur Gsell befriedigt zu sein, als seine zweifelhafte politische Stellung dort zur Genüge bekannt war und man befürchten mußte, daß durch seine parlamentarische Thätigkeit Störungen in der Leitung der ihm anvertrauten Schule ein-

treten würden. Diesem letzteren Bedenken konnte aber nicht mit dem wirksamen Nachdruck Folge gegeben werden, weil Gsell zur Annahme eines Landtagsmandats gar nicht erst um Bewilligung eines Urlaubs anzusuchen verpflichtet war. Somit kennzeichnet sich dieser Versuch, die parlamentarische Thätigkeit Gsell's dem Ministerium des Innern an die Rockschöße zu hängen, ebenfalls als eine durchaus willkürliche Entstellung des thatsächlichen Sachverhalts. Man könnte die Akten über die Waldkircher Wahlbewegung schließen, wenn nicht die Art und Weise, wie sich die Frankf. Ztg. in einer offenbar von einem Mitglied des freisinnigen Landesausschusses herrührenden Korrespondenz vernehmen läßt, festgenagelt werden müßte. Da wird denn von „einem der lautesten Amtsverkündiger kläffer" und einer „Amtsverkündigermeute" gesprochen. Man wird gut thun, diese „vornehme" Ausdrucksweise im Gedächtniß zu behalten, falls das führende Organ der Demokratie wieder einmal sich über den in der nationalliberalen Presse herrschenden Ton zu entrüsten den Anschein geben wollte.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 1 enthält zwei Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern vom 22. Dezember v. J.: Erhebung der Gemeinde St. Georgen (Amt Villingen) zur Stadt betreffend und vom 31. Dezember v. Js. das Statut für die Heil- und Pflegeanstalt Illenau betreffend und eine Verordnung desselben Ministeriums vom 31. Dezember v. J. die Kosten der Verpflegung von Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau betreffend.

⊙ **Mannheim**, 16. Jan. Bei dem Erinnerungsfeste an den großen Krieg gegen Frankreich, welches im August 1890 in unserer Stadt gefeiert wurde, mußte darauf hingewiesen werden, daß Mannheim immer noch kein Denkmal besitzt, auf welchem die Namen derjenigen Söhne unserer Stadt und die Angehörigen unserer damaligen beiden Garnisonsregimenter, die im Kampfe für das Vaterland geblieben sind, den kommenden Geschlechtern überliefert würden. Freudig wurde daher der Gedanke begrüßt, inmitten der Stadt ein Kriegerdenkmal zu errichten, wie es fast jede deutsche Stadt besitzt. Noch am Tage des oben erwähnten Erinnerungsfestes wurden die ersten Beiträge gezeichnet und ein vorbereitender Ausschuß gewählt. Dieser Ausschuß ladet nunmehr zu einer nächsten Montag Abend stattfindenden konstituirenden Versammlung ein. — Eine frohe Botschaft, sowohl für die Tabakbauer, als auch für die Raucher, ist zu vermelden. Herr Reallehrer Dr. E. Suchsland aus Halle a. S. hat nämlich, wie er in einer Versammlung des hiesigen Tabakvereins darlegte, eine Flüssigkeit erfunden, die dem Tabak, wenn er mit derselben auf chemischem Wege behandelt wird, eine bedeutende Verbesserung sowohl hinsichtlich des Geschmacks und des Geruchs zu Theil werden läßt, welche so schwerwiegend sein soll, daß der deutsche Tabak dem Havanna und sonstigen feinen ausländischen Tabaken gleichkomme. Herr Suchsland hält vorerst die Zusammensetzung des Mittels, welches übrigens sehr billig sein soll, noch geheim. Wenn sich das Mittel bewähren sollte, so dürfte der deutsche Tabakbau einer schöneren und besseren Zukunft entgegengehen.

bc. Der badische Landwirthschaftsrath und die Reuorganisation des landwirthschaftlichen Vereins. I.

Durch landesherrliche Verordnung vom 26. Dezember 1891 wurde, unter Aufhebung jener vom 9. Oktober 1868, zum Zwecke der Berathung des Ministeriums des Innern in landwirthschaftlichen Angelegenheiten ein Landwirthschaftsrath errichtet, welcher auf Anordnung dieser Behörde oder auf Einladung seines Präsidenten regelmäßig, und zwar mindestens ein Mal im Jahre, zusammentritt. Bevor noch diese neue, der Förderung der landwirthschaftlichen Interessen gewidmete staatliche Einrichtung in die Lage gekommen ist, ihre hoffentlich segensreich wirkende Kraft zu entfalten, ist sie bereits zum Stichblatt parteipolitischer Angriffe ausersehen worden und es ist im höchsten Grade bezeichnend, daß diese zwar auf eine sachliche Begründung verzichtenden, einzig und allein von parteitaktischen Erwägungen beeinflußten Angriffe gerade aus dem extrem-konservativen Lager stammen, in welchem sich angeblich die berufenen Vertreter der Landwirthschaft und uneigennützigen Verfechter der landwirthschaftlichen Interessen befinden sollen. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß den Wortführern der bekannten extrem-konservativen Gruppe in völliger Verkennung der Lebensinteressen der landwirthschaftlichen Bevölkerung die politische Phrase einfach nur als Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke auch in solchen Fragen, welche die Landwirthschaft unmittelbar berühren, dienen soll, so hätte ihn das badische konservative Organ neuerdings erbracht durch die Veröffentlichung eines Artikels, der unter der Wucht leidenschaftlicher Gehässigkeit das ersprießliche Wirken einer gemeinnützigen staatlichen Einrichtung zu ertödten beabsichtigt. Wie sehr ungerechtfertigt die Ausfälle des konservativen Blattes sind, sei auf Grund der folgenden, von der Bad. Korresp. veröffentlichten Darstellung erwiesen.

Seit Jahrzehnten, namentlich aber seit der im Jahre 1864 durchgeführten Reorganisation der landwirthschaftlichen Vereine haben die Bestrebungen zur Förderung der Landwirthschaft in Baden einen lebhaften Aufschwung genommen. Die damals in's Leben gerufenen Kreise hatten bald die Ueberzeugung gewonnen, daß mit der Unterstützung der Landwirthschaft sie den ihnen von dem Gesetze vom 5. Oktober 1863 gestellten Aufgaben in besonders segensreicher Weise gerecht zu werden vermögen und namhafte Summen zur Förderung der Viehzucht, des Obstbaues und des landwirthschaftlichen Unterrichts jährlich aufgewendet. Es bildeten sich zahlreiche Genossenschaften, welche durch gemeinsames Wirken die Beschaffung von Betriebsmitteln, in Förderung der Viehzucht und der Milchwirthschaft, die Gewährung von Personalkredit u. s. w. bezweckten. Ein das ganze Land umfassender Verein versuchte den besondern Interessen der Pferdezucht sich dienstbar zu machen. Hiezu trat die gesteigerte Aufmerksamkeit, welche die Staatsregierung der Pflege der Landwirthschaft durch Zuwendung größerer Mittel widmete. Neben das Zentralorgan des landwirthschaftlichen Vereins ist auf Grund der landwirthschaftlichen Verordnung vom 9. Oktober 1868 zur Berathung der Regierung in Fragen der landwirthschaftlichen Technik der Landeskulturrath getreten.

Gewiß sind die Erfolge, welche Dank dieser Einrichtungen seit Jahren errungen worden, sehr hoch anzuschlagen, doch konnte es nicht ausbleiben, daß der gegenwärtige im Einzelnen wohlthätig wirkende Zustand die Gefahr einer Zersplitterung der selbständig für sich wirkenden Kräfte in sich schloß. Die Schaffung eines einheitlichen, auf breitester Grundlage aufgebauten Organs zur Vertretung der allgemeinen Interessen der Landwirthschaft und zur technischen Berathung der Regierung erschien nachgerade, bei aller wohlverdienten Schätzung und Anerkennung der unleugbaren Verdienste der seither bestandenen Einrichtungen, unabweisbar. In der Begründung eines Landwirthschaftsrathes glaubte die Regierung das geeignete Organ gefunden zu haben, und es war ein durchaus naturgemäßes Vorgehen, daß die Regierung die Prüfung der Zweckmäßigkeit einer solchen der staatlichen Verwaltung neu einzufügenden Einrichtung zunächst dem Zentralausschuß des landwirthschaftlichen Vereins unterbreitete und dies umsomehr, als infolge der neuen Organisation eine Aenderung der Satzungen des landwirthschaftlichen Vereins stattzufinden hatte. Dieser Entwurf von neuen Satzungen gelangte in der am 19. Oktober v. Js. stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Zentralstelle und des Zentralausschusses zur Annahme und es wurde in jener Sitzung weiter beschlossen im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sache und da eine Gesammterneuerung der Satzungen in Frage stand, den Gesammtausschuß zum 11. November einzuberufen.

bc. Die Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit auf den badischen Bahnen.

Der außerordentlich angewachsene Eisenbahnverkehr hat seit Jahren in den Fachkreisen den Bestrebungen nach einer Steigerung der Fahrgeschwindigkeit eine weitere Stütze gegeben und die Generaldirektion der großh. badischen Staatseisenbahnen hat sich demgemäß zur Einführung einer Fahrgeschwindigkeit bis zu 90 Kilometer in der Stunde entschließen müssen. Diese Erhöhung der Geschwindigkeit im Vereine mit der Gewichtszunahme der Lokomotiven hat in der neuesten Zeit Veranlassung gegeben, die badische Hauptbahn von Mannheim bis Basel im Wesentlichen unter Beibehaltung des jetzigen Oberbausystems in einen möglichst vollkommenen Zustand bringen zu lassen, um mit gleicher Sicherheit, wie bisher, auch mit der größeren Geschwindigkeit von 90 Kilometern fahren zu können. Da jedoch unzweifelhaft sich in Kürze da und dort der Wunsch geltend machen dürfte, auch noch über diese Geschwindigkeit hinauszugehen, so lag der Generaldirektion der badischen Bahn die Frage nahe, ob der jetzige badische Geleiseoberbau nach Fertigstellung der in Ausführung begriffenen Arbeiten auch für eine über 90 Kilometer hinausgehende Geschwindigkeit ausreichen würde und ob man mit den bisherigen Betriebsmitteln, Lokomotiven und Wagen derartige Fahrgeschwindigkeiten unternehmen könne. Zur Erlangung aus der Praxis geschöpfter Erfahrungen begaben sich im Sommer des vergangenen Jahres im Auftrage des Herrn Finanzministers mehrere höhere Beamte der Generaldirektion der großh. badischen Staatsbahnen nach England, wo bereits seit langer Zeit Fahrgeschwindigkeiten bis zu 120 Kilometer in der Stunde üblich sind.

Die Ergebnisse dieser Studienreise haben zu der Erkenntniß geführt, daß auf den englischen Bahnen mit allen Zügen wesentlich schneller und besser bei mindestens gleicher Sicherheit wie in Deutschland gefahren wird, und daß sich das in England reisende Publikum sehr gut an eine Fahrgeschwindigkeit von 120 Km. in der Stunde gewöhnt hat. Dieses außerordentliche Ergebniß wurde erzielt durch das im englischen Oberbau durchgeführte Stuhlsystem, durch die in Folge der kräftigen Schienen und des bedeutenden Gewichts des Ganzen gewachsene Widerstandskraft des Oberbaues gegen die Einwirkungen der Fahrzeuge, sodann durch die Konstruktion der englischen Lokomotiven, deren besondere Eigenschaften sind: die innen liegenden Zylinder, weit vorgeschobene Vordergestelle oder vordere Laufachsen, große Triebräder, starke Federn und das Vorhandensein von, soweit thunlich, nur einer Triebachse. Auch die Beschaffenheit der Wagen, welche meist große Radstände haben (dreiachsig und vierachsig) und sehr gut gefedert sind, wodurch die Bewegungen dieser Fahrzeuge geringere sind, ist mit ein Grund der Möglichkeit der Erreichung so hoher Fahrgeschwindigkeiten. Am meisten werden diese aber erzielt durch die (allerdings nicht unbedingt zu billigende) Ausnützung der Gefälle; auch wirkt die nicht ermäßigte Geschwindigkeit beim Durchfahren vieler, selbst großer Stationen, zur Erreichung der Geschwindigkeit von 120 Km. wesentlich mit.

Es kann nicht Aufgabe dieser Darstellung sein, auf die technischen hochinteressanten Beobachtungen der Kommission im Einzelnen einzugehen, man muß sich darauf beschränken, die für die badische Bahn zu ziehende Nutzanwendung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Die Kommission ist zur Ueberzeugung gekommen, daß, wenn in Baden im Allgemeinen auch nicht wesentlich schneller gefahren werden soll, als bisher, doch noch Vieles zu thun bleibt, um besser zu fahren als bisher und so gut, als man in England bei der gleichen und bei noch größerer Geschwindigkeit fährt. Daß wir in Baden zur Zeit nicht daran denken können, mit mehr als 90 Km., geschweige denn mit 100 bis 120 Km. zu fahren, ist ganz sicher. Wenn wir aber auch nur mit 85 bis 90 Km. gut fahren wollen, so ist eine Verstärkung des Oberbaues und die Beschaffung anderer Lokomotiven unabweisbar. In Bezug auf geräuschloses Fahren wird wohl der Bau mit hölzernen Schwellen und Stühlen dem eisernen Oberbau immer wesentlich überlegen bleiben. Ein Versuch mit dem Holzschwellenoberbau mit Stuhlbefestigung wird sich aber auch für die badische Bahn empfehlen. Man wird daran festhalten müssen, daß, was jetzt geschieht, die Wege für die Zukunft ebnet, denn je größer die Geschwindigkeit, desto stärker und schwerer muß der Oberbau werden, desto ruhiger müssen die Fahrzeuge gehen, wenn die gleiche Sicherheit wie bisher gewährleistet werden soll.

Daß die Ergebnisse dieser Studienreise hervorragender badischer Eisenbahnbeamten bei den Entschließungen über die Gestaltung des Betriebs unserer Hauptbahn und über manche Fragen der Eisenbahnbauthätigkeit nicht unbeachtet bleiben werden, glaubt die Bad. Korr. mit Bestimmtheit annehmen zu können.

Nochmals die Bodenseegürtelbahn.

Wenn der Verfasser des Artikels in Nr. 3 d. Bl. vom 5. d. M. die genannte Bahn lediglich als rein örtlichen Interessen dienend kennzeichnet, so wollen wir ihm zunächst auch in dieser Auffassung folgen. Es handelt sich aber dabei doch um die Frage: welcherlei Interessen soll diese Lokalbahn dienstbar sein? Nennt er hierbei die Orte Espasingen, Bodman und Stahringen, so möge er Recht behalten. Aber schon Ludwigshafen gravitirt mehr nach der Amtsstadt Stockach, als nach Stahringen. Für diese Stadt jedoch ist der Anschluß der Gürtelbahn von größter Bedeutung, wie auch für die Amtsbezirke Meßkirch und Pfullendorf. In der Richtung nach Radolfzell-Konstanz und Radolfzell-Singen besitzen diese Orte und Landestheile bereits die Bahnen Meßkirch-Stockach-Radolfzell und Pfullendorf-Sauldorf, entbehren aber noch einer Bahnverbindung mit Ludwigshafen-Ueberlingen und dem Salemer Thal, welche den gegenseitigen Produktenaustausch zwischen der Hochebene und der Bodenseelandschaft zu vermitteln berufen ist. Würde der Anschluß der Bodenseebahn in Stahringen gewählt, so wären die Gemeinden der genannten drei Amtsbezirke zu einem Umwege von etwa 11 Km. gegenüber der Linie Stockach-Ludwigshafen genöthigt und der Werth einer Verbindung mit dem nördlichen Bodenseeufer wesentlich abgeschwächt. Aber auch für diesen Landestheil mit seiner Amtsstadt Ueberlingen ist die kürzere Verbindung zur Meßkircher und Pfullendorfer Hochebene von größerm Werth, als der Umweg von 9 Km. in der Richtung über Stockach nach Radolfzell gegenüber der direkten Linie Ludwigshafen-Stahringen-Radolfzell ihm schadet. Auch darf wahrlich hervorgehoben werden, daß, wenn nicht größere Interessen entgegenstehen, man die Wahl eines Bahnanschlusses doch eher einer strebsamen Stadt zuwenden sollte, als einem so unbedeutenden Dorfe, wie Stahringen ist.

Diese größeren Interessen stehen aber der Wahl von Stockach nicht nur nicht entgegen, sondern sie sprechen sogar direkt dafür.

Es ist schon in einer Reihe von Artikeln über die Bahnfrage am nördlichen Bodenseeufer darauf hingewiesen worden, daß von dieser Bahn, seit mit der Arlbergbahn über Innsbruck eine Verbindung mit den östlichen und südöstlichen Ländern Oesterreichs geöffnet ist, ein beträchtlicher Durchgangsverkehr von der Bodenseegürtelbahn über den Schwarzwald nach Straßburg, in das nordöstliche Frankreich, bis nach Belgien und Holland aufgenommen werden wird. Dabei aber ist der Anschluß in Stockach und die Fortsetzung der Bahn von da, bezw. Renzingen, Voraussetzung.

Daß man schon früher die Bodenseegürtelbahn durchaus nicht als eine bloße Lokalbahn betrachtet hat, wird durch den Staatsvertrag vom Februar 1865 erwiesen, welchen Baden mit Württemberg unter der Voraussetzung abschloß, daß Bayern von Lindau nach Friedrichshafen baue und in welchem Vertrage Stockach ausdrücklich als Anschlußpunkt genannt ist.

Der Artikelschreiber in Nr. 3 d. Bl. hat sich aber auch in Bezug auf örtliche Interessen in einem sehr engen Rahmen bewegt und mit keinem Worte des stark bevölkerten Salemer Thales erwähnt, dessen zahlreiche Gemeinden selbst vom örtlichen Standpunkte die Bodenseegürtelbahn zu einer Lokalbahn 1. Ranges erheben würden.

Er hat dagegen, der Wahrheit gemäß, die Schattenseiten der Verbindung zwischen Ludwigshafen und Stockach in Bezug auf Bauschwierigkeiten und Kosten hervorzuheben nicht unterlassen. Zwei für die Wahl einer Eisenbahn hochbedeutende Momente aber hat er nicht erwähnt, daß nämlich mit der Erweiterung der Verkehrszone einerseits die Ertragsfähigkeit wächst, anderseits das wirthschaftliche Aufblühen der betreffenden Landestheile gefördert wird. Wie aber diesem durch eine Zweigbahn Ludwigshafen-Stahringen gedient wird, ist nicht zu fassen, wenn nicht eine Fortsetzung über Ueberlingen und Markdorf in's Auge gefaßt ist.

Jedenfalls aber ist mit diesem, in der Luft schwebenden Bruchstück der Anschluß in Stockach aufgegeben und die Bewohner der Amtsbezirke Stockach, Meßkirch und Pfullendorf handeln in ihrem Interesse, wenn sie sich dagegen ganz entschieden wehren.

Mittheilungen
aus dem Bereich des Schulwesens.

Ernennungen und Versetzungen:

F. Zeller erhält die etatsmäßige Stelle eines Reallehrers in Achern. E. Ellenberger als Hilfslehrerin nach Sinsheim. P. Gersbach als Hilfslehrer nach Sulzbach, Amt Rastatt. H. Göbel als Hilfslehrer nach Ottenhöfen. A. Kautzmann als Hilfslehrer nach Rockenau. E. Schwarz als Hilfslehrer nach Karlsruhe.

Personalnachrichten
im Bereiche des Ministeriums der Justiz, Kultus und Unterrichts.

Enthoben des Dienstes:

Dr. W. Mittermaier, Rechtspraktikant im Sekretariate des großh. Landgerichts Karlsruhe auf Ansuchen. F. Eschbacher, Rechtspraktikant im Sekretariat des großh. Oberlandesgerichts auf Ansuchen.

Beurlaubt:

R. Herr, Aktuar beim Amtsgericht Donaueschingen.

Zugewiesen:

J. Wittemann, Rechtspraktikant, dem Sekretariat des großh. Oberlandesgerichts.

Personalnachrichten
aus dem Bereiche der großh. Steuerverwaltung.

W. Bundschuh wurde unter die Zahl der Finanzgehilfen aufgenommen und Steueroberaufseher L. Weißenberger zum Steuereinnehmer in Bretten ernannt. Dem Steueraufseher L. Böhler in Kehl wurde die Auszeichnung für 18jährige treue Dienste verliehen.

Gestorben:

Am 2. Januar d. J.: M. Riedlinger, Steuereinnehmer in Bretten.

Verschiedenes.

Golinow (Pommern), 15. Jan. Seit heute früh steht im Zentrum der Stadt ein großer Häuserkomplex in Flammen.

Handelsnachrichten.

* Karlsruhe, 16. Jan. (Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes.) Anwesend waren 8 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 56, 60, Rindfl. 60, 64, 66, 68, Schweinefl. 64, 66, 68, Kalbfl. 64, 66, 68, Hammelfleisch 60, 70 Pf. — Marktpreise in der Woche vom 9. bis 16. d.: 1) Viktualien: Fleisch: 500 Gr. Ochsen 64, 72, Rind 64, 68, Hammel 60, 70, Schweine 64, 68, ger. 85, Kalb 64, 68, Brod: 450 Gr. weißes 20, 1400 schw. 46, Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20, 1 Liter Erbsen 18, Bohnen 18, Linsen 30, 500 Gr. Reis 32, Gerste 28, Grieß 24, 50 Kilo Kartoffeln 3.30, 500 Gr. Butter 1.15, Rindschmalz 1.20, Schweineschmalz 85, 1 Liter Milch 18, 6 Eier 54, 1 Liter saurer Rahm 80 Pf. — 2) Sonstige Naturalien: 1 Klftr. Waldbuchenholz 42.—M., Waldtannenholz 32, 50 Kilo Heu 2.90 M., Stroh 2.20, 3) Fische: 500 Gr. Aal 1.10, Bärsch 65, Hecht 1.20, Bresen 70, Milben 50, Karpfen 90, Schleien —, Rothaugen 25, Koretsch 35, Schellfische —.

Mannheim, 14. Januar. (Viktualienmarkt.) Kartoffel der Ztr. 4—. –4.50 M., d. Pf. 04—05 Pfg.; Eier das Hundert 5.— —7.50, d. Stück — Pfg.; Butter d. Pfd. 1.00–1.20 M.; Aepfel d. Ztr. 12—15 M., d. Pfd. 0—00 Pfg.; Birnen d. Ztr. 15.00—20.00 M., d. Pfd. Gänse das St. 0.00—00.00 M.; Weißkraut per Kopf 10 —12 Pfg.; Zwiebeln d. Pfd. 07—08 Pf.; Sellerie d. Kopf 08—12 Pf.; Kirschen d. Pfd. —.— Pf.; Gurken das Stück 00—00 Pf.; Rothkraut d. Kopf 15—20.

Mannheim, 14. Jan. (Fischmarkt.) Bräsem 40 Pf. d. Pfund, Hecht 1.35 das Pfund, Barsch 80 Pfg. das Pf., Aal 1.00 Mark das Pfund.

Mannheim, 14. Januar. (Strohmarkt.) Wiesenheu Ztr. Ztr. 2.80—3.00 M., Kleeheu der Ztr. 3.00—3.20 M., Kornstroh der Ztr. 2.40—2.80 M., Gerstenstroh der Ztr 1.80—2.00 M.

Straßburg, 15. Januar. (Amtliche Notirung der Straßburger Waarenbörse.) Für 100 Kilo bahnfrei hier ohne Oktroi. Elsäßer Waizen 23.75 bis 24.—, Lothringer —.—. Russischer 23.50 bis 24.50. Flau. Redwinter 2. 24.75–25, Rogg. Els. u. 22.50 bis 22.75, franz. 23.— bis 23 25, russ. — bis —. —.— Lothr. Haber 14.25 bis 15.— Württ. 15. bis 15.75, Ostpr. — bis —. russ. — bis —.— Ruhig. Braugerste Elsäßer neue 16.40 bis 17.— Franz. (Champag.) 16.75—17 25. Ungar. —.—— —.—. Flau. — Waiz.-Mehl 1. S. 33 50—34.—, 2. S. 31.50 bis 32.–, 3. S. 29.— bis 29 50, norddeutsches 00 32.50 bis 33.—, Futtermehl je nach Güte 14.50–15.50 Waizenkl. 9.50–10.25 Roggenkl. 10.50—11.—, Roggenmehl Nr. 0 — bis —.—, Nr. 0.1 33.50 bis 34.50, Ackerbohnenmehl Nr. 1 (Kastormehl) 23.— bis 23.50, Ackerbohnen els. (Feves) 16.50 bis 17.—, loth. kleine Feverolles 16.50 bis —.—, els. Welschk. gelb—.— bis —, gelb. ung. 16.75, bis 17.—, mix. amerik. Pferdezahn 16.50 bis 17.—, amerik. weißer —.— bis —.—, Els. Kohlreps – .— bis —, ung. 32. bis 32.50, Mohnsamen els. 40.50 bis 41, Senfsamen gelb — bis —, Kleesamen els. — bis —, Bohnen weiße je nach Güte 20.— bis 22.—, Perl, weiße 23 bis 23.50, Rüböl els. 74—76, Deutsch. 70—72, els. ger. 77—79, Deutsch. gerein. 72—74, Waizenstärke S. F. lt. Marque 49.— — 50.—. —.— M. F. 30.40—30.80, Hopfen Elsäßer neuer 130—135 M. Nominell. Wetter: Schnee.

* **Magdeburg**, 15. Jan. (Zuckerbericht.) **Kornzucker ausschl. von 92 Proz.** 19.65, **Kornzucker ausschl.** 88 Proz. Rend. 18.70. **Nachprodukte ausschl. 75° Rendem.** 16.40. Ruhig, w. Gesch. Brodraff. I. 30. Brodraff. II. 29.75. **Gem.** Raffinade **mit Faß** 29.75. **Gem.** Melis I. **mit Faß** 28.50. Fest. **Rohzucker** 1. Produkt **Transito f. a. B. Hamburg** für Jan. 14.75 G., 14.80 Br., für Febr. 14.87½ G., 14 92½ Br., für März 15.07½ G., 15.12½ Br., für Mai 15.32½ bez., 15.35 Br Schwach. — Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 330,000 Zentner.

♁ Paris, 14. Januar. (Viehmarkt von La Villette.) Verkauf langsam und ohne Preisveränderung für Großvieh, schlecht u. mit neuer Baisse f. Kälber, leichter f. Hammel, schlecht f. Schweine. Heute waren dem Markte zugetrieben: Ochsen 2219, Preise: 1. S. 1.54, 2. S. 1.40, 3. S. 1.22; Kühe 502, Preise: 1. S. 1.50, 2. S. 1.34, 3. S. 1.08; Stiere 241, Preise: 1. S. 1.32, 2. S. 1.28, 3. S. 1.08; Kälber 1291, Preise: 1. S. 2.20, 2. S. 1.90, 3. S. 1.70; Hämmel 5210, Preise: 1. S 2.05, 2. S. 1.95, 3. S. 1.70, Schweine 4301, Preise: 1. S. 1.34, 2. S. 1.32, 3. S. 1.28.

* **New-York**, 15. Jan. **Baumwolle in New-York** 7 9/16, **ditto in New-Orleans** 6 15/16. **Baumwolle für** April 7.50, **für** Mai 7.63, **Baumwollezufuhr vom Tage** 25,000, **Ausfuhr nach Großbritannien** 7000, **Ausfuhr nach dem Festlande** 12,000. — Baumwolle-Wochenzufuhr der Union 144,000 B., Wochenausfuhr nach Großbritannien 57,000 B., nach dem Festland 58,000 B., Vorrath in allen Häfen 1,313,000 B.

Städtisches.

♀ Karlsruhe, 15. Jan. (Großh. Hoftheater.) Der mehrfach angekündigten Gastspielvorstellung des Wiener Ensembles Müller-Schultz: „Der verlorene Sohn" am Montag, den 18. d. M., wird eine Wiederholung des kürzlich mit vielem Beifall aufgenommenen Feuillet'schen Schauspiels „Daheim" vorangehen. Außerdem bringt die folgende Woche am Dienstag, den 19. d. M., ein Gastspiel des Herrn Seldeneck vom Lessingtheater in Berlin, der die Rolle des Fürsten in Hackländer's „Der geheime Agent" spielen wird. Am Freitag, den 22. d. M., soll zur Feier von Lessing's Geburtstag „Nathan der Weise" in Szene gehen. In der Oper gelangt am Donnerstag, den 21. d. M., „Die weiße Dame", am Sonntag, den 24. d. M., „Der Postillon von Lonjumeau" und „Die Puppenfee" zur Aufführung. Als Festvorstellung zum Geburtstag Sr. M. des Kaisers ist Weber's „Euryanthe" in Aussicht genommen. Außerdem ist Wagner's „Rienzi" für die folgenden Wochen in Vorbereitung. Die Erst-Aufführung des Blumenthal-Kadelburg'schen Schwankes „Großstadtluft" ist auf Freitag, den 29. d. M., festgesetzt.

* **Karlsruhe**, 15. Jan. Ueber die Antispiritisten Herrn Richard Lane und Frau Ida Lane-Rey, welche Mittwoch, den 20. Januar und Samstag den 23. Januar, im Saale der Gesellschaft „Eintracht" Vorstellungen geben werden, schreibt der Schwäbische Merkur vom 2. Januar dieses Jahres Folgendes: Im großen Saal des oberen Museums hatte sich gestern Abend in großer Zahl ein gewähltes Publikum um den Antispiritisten Lane und dessen Frau Lane-Rey versammelt. Herr Lane und Frau lösten ihre Aufgabe in trefflicher und zufriedenstellender Weise. In 2stündiger fesselnder Unterhaltung führten die Künstler ihre staunenerregenden Leistungen auf dem Gebiete des Somnambulismus, der Mnemotechnik u. s. w. den Anwesenden vor Augen. Das gefesselte Medium, durch Frau Lane-Rey in geistreicher Weise dargestellt, versetzte die aufmerksamen Zuschauer in größtes Staunen. Auf Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Die Vorstellungen der beiden Künstler verdienen in vollem Maße die Aufmerksamkeit des Publikums, denn sie verstehen es, demselben einen genußreichen Abend zu verschaffen.

)(**Karlsruhe**, 16. Jan. Im **Kunstverein** sind neu zugegangen: 33. Bei Alken a. d. Mosel von K. Weißer hier; 34. Ein sonniger Tag, Motiv aus Tyrol, von L. Klimsch hier; 35. Mondschein von F. H. von Riedmüller in Stuttgart; 36. Partie in Wertenberg im Rheinthal von demselben; 37. Belauscht von Wilhelm Emelie hier; 38. Zum Abschied von demselben; 39. Winteraستern von Sophie Ley hier; 40. Abend in der römischen Kampagna, von Max Roman hier; 41. Riva Sciavoni von J. F. Hennings in München; 42. Hohe Göll von Willibald Wex in München; 43. Kaiser Wilhelm I. Reliefportrat in einem Blumenkranz, von F. v. d.

Daelz in München; 44. Tyrolerin von Albert Raudnitz in München; 45. Der neue Drachen von Aug. Heyn in München; 46. Aus Gutach von Wilhelm Hasemann in Gutach.

Karlsruhe, 16. Jan. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 259 Fremde auf.

Drahtberichte.

Berlin, 16. Jan. Der Reichstag setzte heute die zweite Etatsberathung bei der Position Reichsamt des Innern fort. Bei den einmaligen Ausgaben zur Betheiligung an der Weltausstellung in Chicago (900,000 Mark) erklärte Unterstaatssekretär Dr. von Rottenburg auf Anfrage, daß eine geschlossene Betheiligung der deutschen Industrie an der Ausstellung nicht erreicht worden sei. Die Regierungen suchten die Industriellen zu überzeugen, daß es in ihrem Interesse liege, die Ausstellung zu beschicken.

Die Abgg. Goldschmidt und Witte äußerten sich im Sinne einer recht regen Betheiligung an der Ausstellung. Letzterer hält eine baldige Entscheidung der Regierung über die Ausstellung in Berlin für ersprießlich.

Dr. v. Rottenburg erklärt, die Ausstellung in Berlin werde nicht international werden können, wenn Nordamerika sich fernhalte, das geschehe wenn sich Deutschland von Chicago fernhielte. Die Regierung werde eine Kollektivausstellung begünstigen.

Abg. Hammacher erklärt, für die Ausstellung in Berlin vor dem Jahre 1900 sprächen nicht nur wirthschaftliche und politische Motive.

Abg. Lieber spricht Namens seiner politischen Freunde für die Chicagoer Ausstellung.

Abg. v. Stumm meint, nur gewisse Industrieen hätten ein Interesse an der Chicagoer Ausstellung.

Abg. Schrader betont, es handle sich nicht um Vortheil, sondern um Pflicht.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Titel „Erforschung der römischen Limes“, beantragt Abg. Dr. Oechelhäuser, den von der Kommission gestrichenen Posten wieder herzustellen.

Dr. v. Rottenburg und der württembergische Bevollmächtigte sprechen sich zustimmend zu diesem Antrag aus.

Der Antrag des Abg. Oechelhäuser wird mit großer Mehrheit angenommen und darauf der Etat des Reichsamts des Innern und des Rechnungshofes bewilligt.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts betont Abg. Schrader die Nothwendigkeit der Tarifreformen und bittet das Reichseisenbahnamt, mitzutheilen, was es zur Sicherung des Betriebs zu thun gedenke.

Abg. Hammacher befürwortet den Erlaß eines Reichseisenbahngesetzes und beklagt, daß die Ueberschüsse nicht für die Eisenbahnen verwandt, sondern für dauernde Ausgaben. Damit sei das ganze Finanzwesen derontirt. Der Etat des Reichseisenbahnamts wird darauf angenommen und dann das Haus bis Montag vertagt.

Wien, 16. Jan. In der heute vom Abgeordnetenhause fortgesetzten Berathung über die Handelsverträge erklärt Czepanowsky Namens des Polenklubs, Letzterer erwarte von der Loyalität der deutschen Regierung, daß sie nur im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und in Beachtung der Interessen derselben in Verhandlungen mit Rußland, Betreffs des Handelsvertrages eintreten werde. Die Polen stimmten, unter dieser Voraussetzung für die Handelsverträge.

London, 16. Jan. Die Beisetzungsfeier in Windsor wird voraussichtlich am Mittwoch Mittag stattfinden. Amtliche Bestimmungen sind noch nicht getroffen. Mehrere Blätter melden, die Gesundheit der Prinzessin von Wales sei sehr stark angegriffen, doch sei der Zustand bis jetzt nicht beunruhigend. Die Morningpost erfährt, der bisherige Gesandte in Bukarest, Drummond Wolff, sei zum englischen Botschafter in Madrid ausersehen.

London, 16. Jan. Die Leichenfeierlichkeiten für den Herzog von Clarence sind amtlich auf Mittwoch Mittag festgesetzt und finden in der königlichen Kapelle Saint Georges zu Windsor statt.

Alexandrien, 16. Jan. Der Dampfer Ferdinando Massimiliano ist mit dem Khedive nebst dessen Bruder an Bord heute Morgen 8 Uhr hier eingetroffen. Die Forts und die Schiffe salutirten. Prinz Hussein, die Minister, General Grenfell und der österreichische Generalkonsul begaben sich an Bord zur Begrüßung. Der Khedive begab sich um 10 Uhr nach Kairo.

Zanzibar, 16. Jan. Der Afrikareisende Borchert ist hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 16. Jan. (Anfangskurse.) Kreditaktien 251¼, Staatsbahn 253½, Lombarden 84—, Galizier —.—, Aegypter 95 99, Ungarn ——, Diskonto-Kommandit 175 50, Gotthardaktien 138.40, Laurahütte 110.—, Gelsenkirchen 135 60, neue Reichsanleihe —, Darmstädter —.—. Still.

Frankfurt a. M., 16 Jan. (2 U. 36 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.42, ditto auf London 20.34, ditto auf Paris 80.82, ditto auf Wien 172.45, Priv.Disk. 2¼., Napoleons 16.16, Kreditaktien 251⅞, Disk.-Komm. 175.50, Schweiz. Nordost 107 10, 60r Loose 123.50, Mittelmeer 94.50, Türken 18.30, 4½prozent. Portugiesen 42.70, bad. Zuckerfabrik 65.—. Ziemlich fest.

Frankfurt a. M., 16. Jan. (3 U. 30 M.) 3proz. Reichsanleihe 84 65, 4proz. Reichsanleihe 106.60, 4proz. preuß. Konsols 106 60, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.21, ditto in Mark 105.85, österr. Goldrente 95.60, österr. Silberrente 80.20, 4proz. ungar. Goldrente 92.20, 1880er Russen 92.40, 2. Orientanleihe 63.—, Italiener 90.60, Aegypter 95 90, Spanier 62.90, Zolltürken 87.70, Serben 85.20, Elbthal 201¼, hess. Ludwigsbahn 112.50, Basler Bankverein 121.90, Handelsgesellschaft 132.80, Darmstädter Bank 121.—, Deutsche Bank 151.20, Dresdener 134.90, Länderbank 177.50. — Nachbörse. Kreditaktien 251¾, Disk.-Komm. 175.50, Staatsbahn 253¾, Lombarden 84—, Westeregeln —.—. Fest.

Berlin, 16 Jan. (Anfangskurse.) Deutsche Bank —, Kreditaktien 162 —. Staatsbahn 126 90, Lomb. 45 40, Disk Komm. 179 10, Bochumer 114.—, Gelsenkirchen 139.70, Laurahütte 110.10, russ. Noten 199.—. Fonds fest. Lokalmarkt schwankend.

Berlin, 16 Jan. (12 U. 11 M.) Kreditaktien 162 40, Staatsbahn 127.—. Lombarden 45.—, Diskonto-Kommandit 179.40, Marienburger 53 90. Dortmunder 58.70, Laurahütte 110.—, russ. Noten 199.—.

Berlin, 16. Jan. (Börse. 3 U. 18 M.) Nach Schwankungen befestigten sich heimische und fremde Fonds. Montan gedrückt. Es verlautet, die rhein.-westf. Kohlen-Verkaufsgesellschaft beabsichtige, die Kohlenförderung um 15% einzuschränken.

Wien, 16. Jan. (Vorbörse. 10 U. 40 M) Kreditaktien 292 25, Marknoten 58 02, 4% Ungarn 106 90, Staatsbahn 289 75, Lomb. 94 50, Galiz. —. Ruhig.

Paris, 16 Jan. (12 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 95.20, Spanier 62⅝, Aegypter —.—, Banque Ottomane 554.—, Türken 18.86, Ungarn —.

Neuestes.

Pforzheim, 16. Jan. Gestern Abend beendeten die Preisrichter für den hiesigen Rathhausneubau ihre Arbeit. Wie wir hören, lagen denselben über 70 Arbeiten zur Begutachtung vor. Den 1. Preis erhielt Regierungsbaumeister Schmalz in Berlin, den 2. Preis Architekt Vollmar in Berlin, den 3. Preis Architekt Pfann in München. Welcher der preisgekrönten Entwürfe zur Ausführung gelangt, ist unseres Wissens noch nicht entschieden. Die Entwürfe werden wahrscheinlich öffentlich ausgestellt, so daß auch dem Gesammtpublikum Gelegenheit geboten ist, sich ein Urtheil zu bilden.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Meteorologische Beobachtungen.

Januar	Morgens	Ort.	Bar. au. 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung	Wind. Stärke	Wetter.	Temp. in Cels-graden
16	8	Mullaghm.	738	O	steif	bedeckt	5
	8	Aberdeen	749	SO	steif	bedeckt	2
	8	Christiansd	761	OSO	schwach	wolkenlos	— 1
	8	Kopenhag.	761	SO	frisch	bedeckt	— 8
	8	Stockholm	766		still	bedeckt	— 3
	8	Haparanda	762	NO	leicht	wolkig	—23
	8	Petersburg	765	NW	leis. Zug	bedeckt	— 6
	8	Moskau	757	NW	?	bedeckt	—14
	8	Cork	733	SSO	Sturm	Regen	8
	8	Cherbourg	746	SO	frisch	halb bed.	0
	8	Helder	753	SSO	leis. Zug	bedeckt	— 1
	8	Sylt	757	OSO	schwach	Dunst	— 6
	8	Hamburg	758	OSO	mäßig	bedeckt	— 8
	8	Swinemde	762	SO	mäßig	bedeckt	— 7
	8	Neufahrws	764	S	leicht	bedeckt	— 7
	8	Memel	765	O	leicht	heiter	— 6
	8	Paris	753	SO	schwach	bedeckt	— 2
	8	Münster	755	SW	leicht	bedeckt	— 2
	8	Karlsruhe	755	O	leicht	bedeckt	— 4
	8	Wiesbaden					
	8	München	754	NO	mäßig	Nebel	— 7
	8	Chemnitz	757	ONO	leis. Zug	bedeckt	— 5
	8	Berlin	759	OSO	mäßig	bedeckt	— 8
	8	Wien	755	N	leis. Zug	bedeckt	— 2
	8	Breslau	758	O	leicht	bedeckt	— 6
	8	Ile d'Aix	746	SO	stark	wolkig	2
	8	Nizza					
	8	Triest	753	ONO	schwach	wolkig	4

(Uebersicht der Witterung.) Eine tiefe Depression ist im Südwesten von Irland erschienen, bis nach Westfrankreich herein lebhafte Südwinde verursachend. Ganz Deutschland steht noch unter der Wechselwirkung eines den Nordosten Europas bedeckenden barometrischen Minimums und einer Depression jenseits der Alpen; das Wetter ist demnach bei nordöstlichen bis östlichen Winden meist trüb und kalt, nur stellenweise heiter. Da das Ortsbarometer noch immer im Steigen begriffen ist, so scheint die Depression im Westen vorerst ihren Wirkungskreis nicht weiter ostwärts auszudehnen.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer.	Therm. Celsius.	Abs. Fgt.	Rel. Fgt.	Wind.	Himmel	Bemerkung.
15. Jan. Nchs. 9 U.	741.4	— 0,4	3.8	85	SW	bedeckt	—
16. Jan. Mrgs 7 U.	743.4	— 4.7	2.9	90	O	"	—
Mtgs 2 U.	44.8	+ 0,2	3,0	66	NO	w. wg.	—

Geboren

Karlsruhe, 12. Jan. Emil, V. Valentin Wanderer, Maurer. — 13. Jan. Julius Emil Ludwig, V. Josef Huber, Kaufmann. — 14. Jan. Wilhelmine Emilie, V. Albert Schlemmer, Lokomotivheizer; Wilhelm, V. August Unmüßig, Schutzmann.

Eheaufgebote

Karlsruhe, 15. Jan. Brenk, Friedrich, von Bilsingen, Reisevorführer hier, m. Josefine Etzwein von Etzingen; Hofheinz, Karl, von Blankenloch, Vorarbeiter hier, mit Anna Ulmer von hier.

Eheschließungen.

Karlsruhe, 16. Jan. Schäfer, Wilhelm, von Lomersheim, Metzger hier, m. Regine Samwald von Eulenhof.

Gestorben.

Karlsruhe, 15. Jan. Wolf, Aug. Portier, a. D., 58 Jahre; Zeller, Luise, Zimmermanns Gattin, 70 Jahre. — 16. Jan. Wirth, Luise, Wirths Wwe., 51 Jahre; Enchelmaier, Christian, Kutscher, 41 Jahre.

(Russische 5proz. 100 S.-R.-Loose vom Jahre 1864.) Ziehung am 14. Jan. Auszahlung am 14. April 1892. Hauptpreise: S. 8193 Nr. 5 200,000 S.-Rub. S. 19909 Nr. 18 75,000 Silb.-Rub. Serie 19756 Nr. 8. 40,000 Silb.-Rub. Serie 1036 Nr. 8 25,000 Silb.-Rub. Serie 12080 Nr. 4, S. 11509 Nr. 20, S. 15426 Nr. 25 je 10,000 Silb.-Rub. S. 19288 Nr. 16, S. 17881 Nr. 8, S. 10010 Nr. 40, S. 9995 Nr. 35, S. 4167 Nr. 22 je 8000 Silb.-Rub. Alle übrigen gezogenen Nummern je 2000, 1000 und 500 Silb.-Rub. (Ohne Gew.)

(Stadt Neapel 150 Fr.-Loose vom Jahre 1868.) Ziehung am 10. Dez. 1891. Auszahlung am 1. Mai 1892. Hauptpreise: Nr. 91432 30,000 Fr. Nr. 102729 1000 Fr. Nr. 74593 88153 130158 je 400 Fr. Nr. 28723 169068 143163 149328 je 300 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 250 und 150 Fr. (O. G.)

(Prämien-Anleihe der Griechischen Nationlbank vom Jahre 1880) Ziehung am 1. Januar. Auszahlung am 15. Juni 1892. Hauptpr.: 82472 70,000 Fr. Nr. 62373 10,000 Fr. Nr. 29497 145822 je 2500 Fr. Nr. 49409 91957 149764 171041 179863 je 1000 Fr. (Ohne Gewähr.)

In Wahrheit, es giebt, um die Haut des Gesichtes und der Hände gegen den Einfluss der Luft zu schützen, kein so wohlthätiges und zugleich so billiges Mittel wie die Glycerin Crême Simon. Man achte auf die Unterschrift: Simon, rue de Provence 36, Paris. Vorräthig bei allen renommirten Coiffeurs, Parfümerien und Droguisten. 5200.5.3

Stammholzversteigerung

206.1 Die Gemeinde Rußheim versteigert gegen Baarzahlung vor der Abfuhr aus ihrem Gemeindewald Saum und Kleindel im Gabholzschlag **Donnerstag, den 21. Januar d. J., Mittags 12½ Uhr anfangend,**
39 Stück Waldpappeln von 1½ bis über 3 Festmeter,
14 Stück Rotherlen von 0,50 bis 1 Festmeter,
4 Stück Eschen von 1 bis über 1 Festmeter,
3 Stück Rüschen von 2 bis über 2½ Festmeter,
2 Stück Eichen von 1 bis über 1½ Festmeter,
1 Stück Aspe von 2 Festmeter.
Die Zusammenkunft ist beim Gemeindehaus, von wo aus man sich auf den Versteigerungsplatz im Saum bei Ort begibt.
Rußheim, den 15. Januar 1892.
Der Gemeinderath.
Schmidt, Bürgermeister.

Steigerungs-Ankündigung.

Mittwoch, den 3. Februar 1892, Nachm. 3 Uhr, 207.1
wird im Kommissionszimmer des Rathhauses in Karlsruhe die nachbeschriebene, dem Architekten A. Erxleben dahier gehörige Liegenschaft der Gemarkung Karlsruhe in Folge richterlicher Verfügung einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt und als Eigenthum endgiltig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.
R. H. B. XXIV. 5028.
Das in der verlängerten Karlstraße dahier unter Nr. 69 c, einerseits neben Architekt W. Erxleben selbst, andererseits neben Professor Heinrich Funk gelegene vierstöckige Wohnhaus sammt aller liegenschaftlicher Zugehörde einschließlich des betreffenden, in dem unter Grundbuchbeilage Nr. 2095 de 1890 aufbewahrten Situationsplan mit den Buchstaben f, c, h, g, f bezeichneten Grund und Bodens im Flächengehalte von 357 qm. taxirt zu . . . . . 44,000 Mk.
Die näheren Versteigerungsbedingungen können inzwischen in meinem Amtszimmer — Kaiserstraße Nr. 117 dahier — eingesehen werden.
Karlsruhe, 29. Dezember 1891.
C. Fraeulin.
Gr. Notar.

Der praktische Rathgeber im Obst- u. Gartenbau.
Verlag **Kgl. Hofbuchdruckerei Trowitzsch & Sohn** in **Frankfurt a. O.**
Illustrirte Wochenschrift.
Erscheint an jedem Sonntage.
Eigenes Etablissement mit Versuchsgarten und Versuchskellerei. Preis bei jeder Postanstalt oder Buchh. **vierteljährlich eine Mark.**
Inhalt der neuesten Nummer:
Anlage von kleinen Versuchsstationen über ganz Deutschland. Wer macht mit? — Die baumartige Stachelbeere, die beste Unterlage für Veredlung hochstämmiger Stachelbeeren als Heckenpflanze. — Der Bismarckapfel (Abb.). — Obstbau- und Genossenschaftswesen. — Warum das Obst in Frankfurt a. M. theurer ist als in Berlin? — Der wagerechte Apfel- und Birn-Kordon (6 Abb.). — Bau und Thätigkeit der Laubblätter. — Winterharte Bambusarten. — Spiraea prunifolia (m. Abb.). — Gartenbau auf Sandboden. — Künstlicher Dünger im Mistbeet. — Saxifraga Aizoon (m. Abb.) u. s. w. —
Probenummern auf Wunsch frei in's Haus. 5—2

Kunstmühle zu verpachten.

153.2.2 Die Kunst- u. Kundenmühle Brötzingen, bestehend aus 7 Mahl- u. 1 Schälgang nebst Gypsmühle, sowie reichem Zubehör als Stallungen, Scheuer, Schopf, großen Wohnräumen u. s. w., ist auf eine Reihe von Jahren vom 10 April ab od. sofort zu verpachten.
Die Wasserkraft ist beständig u. sehr bedeutend, der Wasserbau, die Gebäulichkeiten, sowie Einrichtung vor wenig Jahren **neu** erbaut und bieten einem tüchtigen Müller mit entsprechenden Mitteln sehr gute Existenz. —
Reflektanten wollen Anträge bei Unterzeichnetem niederlegen, woselbst auch die Bedingungen zu erfahren sind.
Wilhelm Lotthammer
Pforzheim.

Karlsruhe.
98.—4 In frequenter Lage der
Kaiserstraße
Laden
per 23. April **zu vermiethen**, in welchem z. Zt. ein
flottes Friseurgeschäft
betrieben wird, der sich aber vermöge Lage und Räumlichkeit für jedes bessere Geschäft eignet.
Näheres durch
Ed. Beck,
Kaiserstraße 156.

Cigarren.
Claressa pr. 100 St. M. 5 50.
Flor de Rivero " " " 6.50.
Elvira " " " 7 50.
Permanente " " " 9.—.
sämmtliche Sorten gut gelagert, empfehlen 5292.—10
Max Levisohn & Cie., Karlsruhe.

3898.25.24 **Schönschreiben.** Jede schlechte Schrift wird in 2–3 Wochen schwungvoll u. schön. (Deutsch, Lat., Ronde) Kleine Ausgabe 50 Pf. Kfm. u. Buchhaltung. Prospect gratis. **Gebr. Gander in Stuttgart** Institut für beliebt. Unterricht.

Städtische Sparkasse Karlsruhe
(einschliesslich Schulsparkasse).

205.3.1 Die Rückgabe der zur Kontrole und Zinsgutschrift vorgelegten Sparbücher erfolgt gegen Auslieferung der ausgestellten Bescheinigung
vom 18. bis einschl. 23. d. M.,
Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr,
im Steigerungslokal der Spar- und Pfandleihkasse (Eingang im großen Rathaushof).
Karlsruhe, den 16. Januar 1892.
Der Verwaltungsrath.
Lauter.

Badischer Frauenverein
unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise von Baden. 5836.4.3
Die Abtheilung I obigen Vereins hat zur Förderung der Erwerbsthätigkeit der Frauen ein Vermittlungsbüreau gegründet für folgende Stellen: Gesellschafterinnen, Reisebegleiterinnen, Stellvertretende Hausfrau, Stütze der Hausfrau, Wirthschafterinnen, Vorsteherinnen von Krankenhäusern, Buchhalterinnen u. s. w.
Nähere Auskunft ertheilt die
Abtheilung I des Badischen Frauenvereins, Vermittlungsstelle, Gartenstraße Nr. 47.
Karlsruhe, im Dezember 1891.

Karlsruher Colosseum.
Sonntag, den 17. Januar 1892:
Grosse Gala-Vorstellungen
mit ganz neuem Künstler-Personal.
Auftreten von
Man de Wirth, großartigster Damen-Imitator der Gegenwart,
Little, Bobby, musikalische Clown (originell),
sowie persönliches Auftreten des
artistischen Leiters Herrn **Hofmann-Castelly,**
Wiener Charakter-Komiker. 208.1
Ganz neues Programm. **Anfang 4 und 8 Uhr.**

Karlsruhe.
Im Saale der
Gesellschaft Eintracht.
Mittwoch, den 20., und Samstag, den 23. Januar,
= nur 2 Vorstellungen =
von den berühmten Künstlern
LANE & Mdme. NEY
Neue sensationelle Experimente auf dem Gebiete des Sommambulismus, Mnemotechnik, des Gedankenlesens, der Psychologie und Spiritual-Manifestation.
Das gefesselte Medium,
das Räthsel d. 19. Jahrhunderts.
Sperrsitz 2,50 Mk., 1. Platz 1,50 Mk., Gallerie 60 Pfg. 141.6.4
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang ½8 Uhr Abends.
Billetvorkauf in der Musikalienhandlung **Laffert Nachf.** (Hugo Kuntz), Kaiserstraße 114. Wegen Privat-Soiréen in Vereinen 2c. in Karlsruhe und Umgegend wolle man sich gefälligst an die obengenannte Buchhandlung wenden.

Kölner Masken-Fabrik

5890.4.2 **Bernhard Richter, Köln, Rhein,** Neumarkt 19, versendet franko u. gratis illustrirte Preisliste pro 1892. **Alle Fastnachtsartikel.** Aeusserste Fabrikpreise. — Viele Neuheiten. Nur an Wiederverkäufer. Man verlange Liste Nr. 110.

Laden zu vermiethen.
29.—6 In einer der ersten Fabrikstädte Badens mit reicher Umgebung ist ein großes schönes Ladenlokal mit 4 Schaufenstern (Eckhaus), Wohnung und allem Zugehör auf mehrere Jahre anderweitig zu vermiethen. Seit 30 Jahren wird in demselben ein **Colonial- u. Materialwaaren-Geschäft** mit großem Erfolg betrieben, eignet sich aber auch infolge der günstigen Lage für jede andere Branche. Nähere Auskunft ertheilt **Leopold Schulz** in **Lahr** i. B.

Für 12,000 Mark
ist feil und sofort zu beziehen ein in einer schön gelegenen Amtsstadt bei Freiburg (Eisenbahnstation) befindliches kleines Wohnhaus in bestem Stande mit 7 Zimmern, Küche, Laubengang und **großem Garten.** — Lage herrlich und gesund mit reizendster Aussicht. — Auskunft durch **Albert Rotzinger** in **Freiburg i. B.** 101.2.2

Zu miethen,
event. später zu **kaufen** gesucht auf 1. Juni von einem jungen tüchtigen Kaufmann in guter Gegend Badens oder der Pfalz ein nachweisbar rentables
gemischtes Waarengeschäft.
Gefl. Offerten mit Angabe der Miethe, event. des Preises, des Umsatzes 2c. zur Vermittlung erbeten an das Kontor d. Bl. unter Nr. 2023.1

Zwei junge tüchtige
und kautionsfähige Wirthsleute suchen eine Wirthschaft zu pachten oder den Ausschank einer Brauerei zu übernehmen. Offerten sind zu richten unter C. 1934 an Rudolf Mosse in Mannheim. 107.4.2

Neue liegende 10—15pferdige
Dampfmaschine
bei 1jähriger Garantie sofort zu verkaufen. **Ingenieur Morgenstern, Stuttgart.** 5822.6.5

Kasper'sche Käsestangen
Otto A. Kasper,
Karlsruhe, 4835
3 Linkenheimerstraße 3.

Pianinos, kreuzs., v. 380 M. an. Ohne Anz. à 15 Mk. mon. **Kostenfreie**, 4wöch. **Probesend.** **Fabr. Stern, Berlin, Neanderstr. 16.** 4342.—19

Gebr. Windecker,
14 Akademiestraße 14, **Karlsruhe.**
Verpackung von Fracht und Umzugsgut, Transport von Mobilien, Gütern, und Spedition nach allen Orten unter Garantie für gute Ankunft, Aufbewahrung in hellen, trockenen Räumen.
Spezialgeschäft:
Ausführung von Uebersiedlungen von Ort zu Ort mit Möbelwagen per **Schiff** und **Eisenbahn ohne Umladung.** Solide Preise. Reelle Bedienung. Volle Garantie. 2447.—36
Referenzen von hohen und höchsten Herrschaften.

Jedes Hühnerauge, Hornhaut und Warze wird in kürzester Zeit d. blosses Ueberpinseln **mit dem rühmlichst bekannten, allein echt. Apotheker Radlauer'schen Hühneraugenmittel** (d. i. Salicylcollodium) **sicher und schmerzlos beseitigt.** Carton 60 Pfg. **Depôt in** den meisten Droguerien. 5527.12.4

Zahnstocher
(Austria Wien),
billigste Bezugsquelle, 10,000 St. Mk. 4 u. höher, liefert frc. g. Nachn. **Fr. R. Derpsch, Straßburg i. E.** 11.—3

Gummiwaaren jeder Art
nur Ia. Qual. bei 4667.12.11
Gustav Griese, Magdeburg.
Neueste Preisliste gegen Porto gratis.

Specialbüreau für
Wasserkraftanlagen.
Ingenieur C. Müller, Freiburg B. 3105.104.

Familien-Pensionat.
75.12.2 J. Mädchen finden zu ihrer weiteren Ausbildung in Wissenschaften, Erlernung d. Hauswesens u. geselliger Formen unter sorgfältiger Leitung liebevolle Aufnahme. Gewissenhafte Gesundheitspflege. Beste Ref. u. Prosp. d. d. Vorsteherin **J. Heßloehl, Heidelberg.**

100.3.2 Ges. **Cigarren-Reisender** f. fein. Restaur. t. u. Private gegen **hohe Vergütung. Wilh. Schümann, Hamburg 5.**

Verein für Handlungs-Commis von **1858.**
Hamburg, Deichstraße 1.
Kostenfreie Stellenvermittelung.
In 1891 wurden 188.1
9128 Mitglieder und Lehrlinge aufgenommen und
3695 Stellen besetzt. Ende 1891 blieben
654 Vakanz-Aufträge schwebend.
Die **Mitgliedskarten** für 1892 und die **Quittungen** der verschiedenen Kassen liegen zur **Einlösung** bereit. Der **Eintritt** kann **täglich** erfolgen.

Personal für Privat-Herrschaften, Hotels, Restaurants, Handelsstand 2c. empfiehlt und plazirt seit 1871 **J. Müller, Karlsruhe,** 99 Kaiserstraße 99. 5450.—5

Eine gebildete Wittwe sucht baldigst Stellung als
Haushälterin
bei einem anständigen alleinstehenden Herrn. Off. erb. an d. Kont. d. Bl. unt. Nr. 104.2.2

5670 **Stellung** gut und dauernd erhält jeder Stellensuchende überall hin umsonst. Fordere jeder die Liste der offenen Stellen. Adresse: **Stellen-Courier, Berlin-West** nd.

MODES.
Für ein erstes feines Salon-Geschäft in Mannheim wird eine durchaus tüchtige **Directrice** gesucht.
Offerten an das Kontor d. Bl. unter Nr. 5919.6.6

L. z. Tr.
18. I. 92. 8 U. A.
Instr. I. Gr.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei. Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg